

**Dr. Lydia Hüskens (Hrsg.)**

# Gleichberechtigt oder nicht? – Frauen und Politik in Sachsen-Anhalt

Daten und Fakten

Bearbeitet von:

Heinz-Josef Sprengkamp  
Johannes Steffens  
Alexander Zapf  
Jan Zimmermann

## 1. Wahlbeteiligung bei Wahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990

Die Wahlbeteiligung ist bei Wahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990 tendenziell rückläufig. Einzig an den Bundestags- und Landtagswahlen 1998 nahmen mehr Bürger am Urnengang teil als noch vier Jahre zuvor. Bei allen übrigen Wahlen ging die Wahlbeteiligung zurück – zum Teil sogar um mehr als 10 Prozentpunkte (LTW 2002: -15,0%; LTW 2006: -12,1%).

### Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt 1990-2006

#### Wahlbeteiligung in Prozent

Landtagswahl 1990	65,1
Bundestagswahl 1990	72,2
Landtagswahl 1994	54,8
Bundestagswahl 1994	70,4
Europawahl 1994	66,1
Kommunalwahl 1994	66,2
Landtagswahl 1998	71,5
Bundestagswahl 1998	77,1
Europawahl 1999	49,5
Kommunalwahl 1999	49,7
Landtagswahl 2002	56,5
Bundestagswahl 2002	68,8
Europawahl 2004	42,0
Kommunalwahl 2004	42,2
Bundestagswahl 2005	71,0

## Landtagswahl 2006 44,4

Quellen: Volkshandbücher des Landtages von Sachsen-Anhalt; Der Landeswahlleiter des Landes Sachsen-Anhalt, Hrsg.: Wahlen – Bundestagswahl am 18. September 2005; WDR und Infratest Dimap, Hrsg.: WahlTRENDE. Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Deutschland. Alle Ergebnisse seit 1946, Berlin 2004.

Im Gegensatz zu den westdeutschen Bundesländern liegt die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland bei Frauen etwas höher als bei Männern. In Sachsen-Anhalt war sie bei Landtagswahlen 1994 1,4 Prozent und 1998 0,8 Prozent höher als bei Männern. Da bei der Landtagswahl 2002 bei den Wählern im Pensions- und Rentenalter Männer stärker von ihrem Wahlrecht gebraucht machten als Frauen (Altersgruppe 60-70 Jahre: +1,4%; Altersgruppe 70 Jahre und älter: +14,0%), lag die Wahlbeteiligung bei dieser Wahl bei Männern (53,6%) höher als bei Frauen (53,1%). In allen anderen Altersgruppen lag die Wahlbeteiligung von Männern 1-3 Prozentpunkte niedriger als die der Frauen. Insgesamt steigt die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter. Es gehen ungefähr ein Drittel der Bürger zwischen 18 und 30 Jahren wählen, während mehr als die Hälfte – bei der Landtagswahl 2002 sogar mehr als 60 Prozent – der über 50-Jährigen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

### 1.2. Kommunalwahlen 2004 in Sachsen-Anhalt

Eine Kommunalwahl ist ein Wettbewerb um ein ehrenamtliches Engagement, das mit einer knappen Sitzungspauschale honoriert wird, zweifellos Prestige mit sich bringt, dafür auch zeitintensiv ist. Berücksichtigt man den hohen Anteil an Parteimitgliedschaften, vor allem in den Städten, so bestätigt die sich die These, dass die Parteien "die Rekrutierung des lokalen politischen Personals . . . weitgehend übernommen" haben.<sup>1</sup>

Kommunalwahlen werden im Wesentlichen von den Parteien bestimmt, die sich auch bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen miteinander auseinandersetzen. Hinzukommen weitere politische Akteure, vor allem unabhängige Wählergemeinschaften, in Magdeburg ist hier etwa der „Bund für Magdeburg“ zu nennen, und auch Einzelkandidaten. Der Einfluss der zentralen Parteiinstanzen im Bund und in den Ländern auf die Personalauswahl auf kommunaler Ebene ist allerdings begrenzt. Personalentscheidungen – wie die Auswahl eines Bürgermeisterkandidaten oder die Listenzusammenstellung für die Kommunalwahl - werden in den örtlichen Parteivorständen vorberaten, häufig vorentschieden.<sup>2</sup> In den Mitgliederversammlungen werden diese Vorentscheidungen meist bestätigt. Es ist die Ausnahme, nicht die Regel, dass Frauen im Vorfeld von Kommunal- und Landtagswahlen offensiv um bessere Listenplätze und damit größere Chancen für einen Einzug in den Stadtrat und in den Landtag kämpfen.<sup>3</sup>

### Sitzverteilung in den Stadt- und Gemeinderäten des Landes Sachsen-Anhalt 1999 und 2004

---

<sup>1</sup> Vgl. Karl Schmitt und Jürgen Maier: Thüringer Ratsmitglieder: Soziodemographischer und parteipolitischer Hintergrund. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung in acht ausgewählten Städten, in: Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen, Statistischer Quartalsbericht, 1998, Nr. 4, S. 4-5.

<sup>2</sup> Das gilt auch für die Besetzung von öffentlichen Ämtern, die im „Einflussbereich“ einer Partei liegen, z.B. die Ämter der Beigeordneten. Vgl. zur Parteipolitisierung des öffentlichen Dienstes das Buch von Jörg Auf dem Hövel: Politisierung der öffentlichen Verwaltung. Eine empirische Untersuchung der Stadtverwaltung Hamburg, Opladen 2003. Der Autor hat u.a. festgestellt, dass in Hamburg „die Bereitschaft zu einer stärkeren Politisierung der Verwaltungsspitze ... mit Höhe der Besoldungsgruppe zu(nimmt) und ... ihren höchsten Wert bei den Amtsleitern (erreicht). Nur noch 38,5 Prozent dieser Gruppe will die Parteimitgliedschaft bei Besetzungen unberücksichtigt wissen, rund 60 Prozent kann sich die Berufung des Behördenleiters unter Berücksichtigung parteipolitischer Erwägungen vorstellen. Der Gedanke allerdings, die Mitgliedschaft zu einer Partei bei der Besetzung der Stelle eines Referenten oder Abteilungsleiters zu berücksichtigen, ist allen Rang- und Altersgruppen gleichermaßen fremd.“ Siehe die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: [http://www.politisierung.de/politisierung\\_hh.pdf](http://www.politisierung.de/politisierung_hh.pdf) (S. 14).

<sup>3</sup> In Sachsen-Anhalt ist dies z.B. bei der Bestimmung der CDU-Landesliste zur Landtagswahl 2006 thematisiert worden, als mit Eva Wybrands MdL die Vorsitzende der Frauen-Union in Sachsen-Anhalt, die für Platz 37 der Landesliste nominiert war, während der Delegiertenversammlung für den (ebenfalls aussichtslosen) Platz 27 vorgeschlagen wurde – und bei der Abstimmung durchfiel. Alle 40 CDU-Landtagsabgeordneten gewannen 2006 Direktmandate, die Landesliste spielte also bei der CDU für die Mandatsvergabe keine Rolle.

Partei / Gruppierung	2004				1999			
	Sitze gesamt	Männer	Frauen	Frauen- anteil in %	Sitze gesamt	Männer	Frauen	Frauen- anteil in %
CDU	3037	2434	603	19,9	3692	2920	772	20,9
Linkspartei.PD S	880	574	306	34,8	936	625	311	33,2
SPD	1124	853	271	24,1	1945	1479	466	24,0
FDP	446	376	70	15,7	556	464	92	16,5
Bündnis 90/ Die Grünen	56	46	10	17,9	48	37	11	22,9
DSU <sup>4</sup>	13	11	2	15,4	16	13	3	18,8
STATT Partei	9	6	3	33,3	6	4	2	33,3
NPD	4	3	1	25,0	2	2	0	0
Neues Forum	9	8	1	11,1	14	12	2	14,3
Sonstige Parteien <sup>5</sup>	22	15	7	31,8	12	11	1	8,3
Wählergruppen	4475	3400	1075	24,0	4529	3494	1035	22,9
Einzelbewerber	1874	31409	465	24,8	1878	1383	495	26,4
<b>Gesamt</b>	<b>1194 9</b>	<b>9135</b>	<b>2814</b>	<b>23,6</b>	<b>1363 4</b>	<b>10444</b>	<b>3190</b>	<b>23,4</b>

Quelle: Statistisches Landesamt

Nur die PDS konnte den Frauenanteil bei den Mandaten steigern, bei der SPD blieb dieser immerhin konstant. Alle anderen Parteien mit breiter Flächenpräsenz verzeichneten einen rückläufigen Anteil der Mandate in den Kommunalparlamenten, besonders deutlich die Bündnisgrünen, immerhin die Partei mit den besten „Quotenvoraussetzungen“.

Die Ergebnisse der Kreistagswahlen und der Stadtratswahlen in den drei kreisfreien Städten passen zu den Daten, die aus Thüringen vorliegen. Dort lag der Anteil weiblicher Kreistagsmitglieder in der Nachwendezeit erheblich unter den DDR-Werten und pendelte sich bis zum Jahr 2000 auf ca. 20 Prozent ein. In Weimar beispielsweise sank der Frauenanteil im Stadtrat im Jahr 1990 auf 18 Prozent; er steigerte sich bei den Kommunalwahlen auf 30,9 Prozent, um dann 1999 auf 26,6 Prozent zu fallen.<sup>6</sup> Es ist gewissermaßen ein „langer Marsch“, den Frauen vor sich haben, wenn sie die Kommunalparlamente erobern wollen. Das Heidelberger Beispiel könnte ihnen Mut machen.

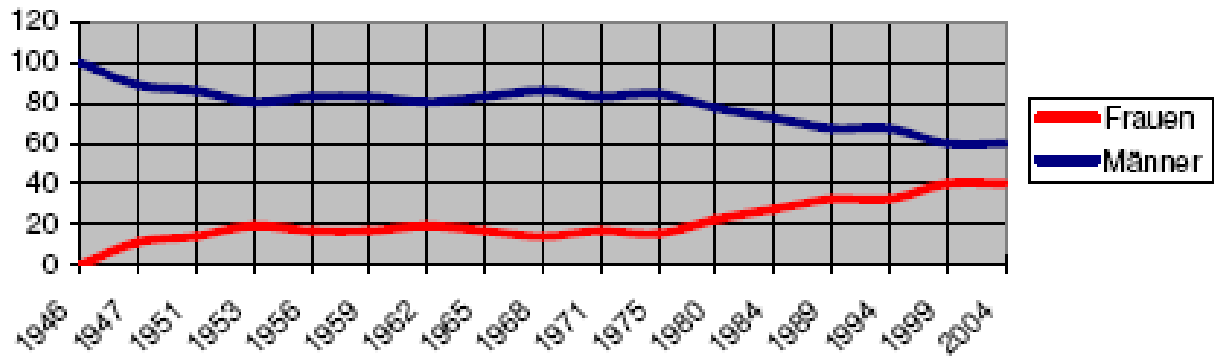
<sup>4</sup> Deutsche Soziale Union.

<sup>5</sup> Zu nennen sind hier die KPD (kandidierte nur 2004), MLDP (nur 2004), future!, ödp (nur 2004), Offensive D (nur 2004), DP (nur 2004), ZENTRUM, GRAUE, REP, FAMILIE (nur 2004), Die Tierschutzpartei (nur 2004).

<sup>6</sup> Daten zusammengestellt von Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

## Die Geschlechterverteilung im Heidelberger Gemeinderat 1946 bis 2004

Frauen- und Männeranteil im Heidelberger Gemeinderat von 1946 bis 2004 in Prozent



Aus: Frauen in Führungspositionen – Die Repräsentanz von Frauen in politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Führungspositionen in Heidelberg, hrsg.: Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann, Recherche: Alice Guyot, Stand Februar 2006.

## Zum Vergleich – Frauen in den Gemeinderäten Baden-Württembergs<sup>7</sup>

<b>Bewerber und gewählte Mitglieder bei den Gemeinderatswahlen 2004 in Baden-Württemberg*)</b>						
Gegenstand der Nachweisung	Bewerber			Gewählte Mitglieder		
	Insgesamt	darunter Frauen		Insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%
Insgesamt	60 938	17 206	28,2	19 353	4 067	21,0
bei Mehrheitswahl	567	78	13,8	750	96	12,8
bei Verhältniswahl	60 371	17 128	28,4	18 603	3 971	21,3
Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien zusammen	30 735	8 941	29,1	9 163	2 070	22,6
davon						
CDU	13 359	2 818	21,1	5 717	968	16,9
SPD	10 700	3 579	33,4	2 632	799	30,4
FDP	2 687	735	27,4	254	46	18,1
GRÜNE	3 362	1 588	47,2	525	247	47,0
DKP	29	10	34,5	2	–	–
DLVH	40	14	35,0	2	1	50,0
DP	10	1	10,0	1	–	–
DVU	8	3	37,5	–	–	–
GRAUE	33	18	54,5	–	–	–
ödp	134	62	46,3	7	2	28,6
PBC	9	3	33,3	–	–	–
PDS	76	26	34,2	2	1	50,0
REP	254	68	26,8	17	2	11,8
ZENTRUM	18	8	44,4	–	–	–
SPD/GRÜNE	16	8	50,0	4	4	100,0
Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen zusammen	3 393	882	26,0	1 052	194	18,4
davon nach beteiligter Partei						
CDU	1 326	262	19,8	630	85	13,5
SPD	692	200	28,9	205	59	28,8
FDP	812	194	23,9	139	21	15,1
GRÜNE	385	163	42,3	62	25	40,3
ödp	87	28	32,2	5	1	20,0
PDS	68	24	35,3	5	1	20,0
SPD/GRÜNE	23	11	47,8	6	2	33,3
Wählervereinigungen zusammen	26 243	7 305	27,8	8 388	1 707	20,4
Davon						
Wählervereinigungen (soweit nicht unten genannt)	22 733	5 322	23,4	7 842	1 434	18,3
Junge Union	14	4	28,6	2	1	50,0
Grüne Listen	2 611	1 180	45,2	446	177	39,7
Linksorientierte Listen	136	56	41,2	5	2	40,0
Frauenlisten	743	743	100,0	93	93	100,0
Einzelbewerber	6	–	–	–	–	–

\*) Endgültige Ergebnisse.  
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

<sup>7</sup> Monika Hin, Nicole Michel: Frauen bei den Kommunalwahlen 2004 in Baden-Württemberg, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2004, S. 14-17. Dieselben: Frauen bei den Kommunalwahlen 2004, in: AKTIV Frauen in Baden-Württemberg - Ausgabe 26 - 4/2004. Vergleichsdaten zu den Kommunalwahlen 1999 und 2004 in Baden-Württemberg findet man hier: [http://www.frauen-aktiv.de/aktiv/7/seite3\\_4.php](http://www.frauen-aktiv.de/aktiv/7/seite3_4.php).

### 1.2.1. Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen am Beispiel von Magdeburg

Neun Parteien und eine Wählergemeinschaft traten zur Stadtratswahl am 13.6.2004 in Magdeburg an. Insgesamt wurden 310 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, darunter 89 Frauen (28,7%). Lediglich fünf Parteien – nämlich die auch im Landtag vertretenen Parteien CDU, Linkspartei.PDS, SPD, FDP, dazu auch Bündnis 90/Die Grünen - stellten in jedem der zehn Magdeburger Wahlbereiche Kandidaten auf. Frauen besetzen auf Kreisverbandsebene Führungspositionen in den Parteien. Sie sind damit auch bei der Personalauswahl für Wahlämter zumindest beteiligt. Insgesamt liegt der Frauenanteil z.T. erheblich unter den Vorgaben der Statuten und Satzungen der Parteien.

#### Frauen in als Vorsitzende und stv. Vorsitzende im Magdeburger Kreisverband Ende 2006

Partei	Vorsitzende/r des Kreisverbandes	Zahl der stv. Vorsitzenden	Frauen im Amt der stv. Vorsitzenden	Frauenanteil im Vorstand des Kreisverbandes
CDU	Jürgen Scharf MdL	2	Sabine Wölfer	27,3%
SPD	Norbert Bischoff MdL	2	Kornelia Keune	44,4%
Linkspartei.PDS	Eva von Angern MdL	2	Karin Meinecke	46,1%
FDP	Ulrich Koehler, Staatssekretär a.D.	3	Dr. Lydia Hüskens MdL	33%
Bündnis 90 / Die Grünen	Michaela Froberg und Olaf Meister <sup>8</sup>	-	-	50%
future! – die jugendpartei <sup>9</sup>	Stephan Bublitz	2	Steffi Schönebaum	16,7%

Stand: Januar 2007.

Quellen: [www.cdu-magdeburg](http://www.cdu-magdeburg), [www.spd-md.de](http://www.spd-md.de), [www.gruene-magdeburg](http://www.gruene-magdeburg), [www.fdp-md.de](http://www.fdp-md.de), [www.pds-magdeburg.de](http://www.pds-magdeburg.de).

Parteien sind durch das Parteiengesetz zu „innerer Demokratie“, d.h. zu bestimmten Formen und Verfahren gezwungen: „Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ (Art. 21 Abs. 1 GG) Das bedeutet z.B. nach § 9 Parteiengesetz:

- (1) Die Mitglieder- oder Vertreterversammlung (Parteitag, Hauptversammlung) ist das oberste Organ des jeweiligen Gebietsverbandes. ... Die Parteitage treten mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr zusammen.
- (4) Der Parteitag wählt den Vorsitzenden des Gebietsverbandes, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes.

Auch die „Kandidatenkür“ im Vorfeld von Wahlen muss von den Mitgliedern sanktioniert werden. Allerdings sind Vorabsprachen in informellen Kreisen gang und gäbe.<sup>10</sup>

### 6.2.2. Möglichkeiten des Wahlrechts – Kumulieren und Panaschieren

Das Kommunalwahlrecht (drei Stimmen für jeden Wähler, der damit kumulieren oder panaschieren kann) bietet den Wählern viele Gestaltungsmöglichkeiten. „Wenn die Wähler nicht an die Menüvorschläge der Parteien gebunden sind, sondern sich ihr eigenes Menü zusammen stellen

<sup>8</sup> Das Vorsitzendenamt wird bei Bündnis 90/Die Grünen im Kreis-, Landes- und Bundesverband von einer „Doppelspitze“ ausgeübt.

<sup>9</sup> Die Partei „future! – die jugendpartei“ mit Sitz in Magdeburg gibt einen Frauenanteil von 27% an, vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Future!\\_-\\_die\\_jugendpartei](http://de.wikipedia.org/wiki/Future!_-_die_jugendpartei).

<sup>10</sup> Vgl. die von Erwin K. und Ute Scheuch dokumentierte geheime Absprache der Kölner CDU:

„1. Die anstehenden personellen Entscheidungen in Fraktion und Partei sollen in den nächsten fünf Jahren einvernehmlich und ohne öffentliche Auseinandersetzung getroffen werden.

2. Das gilt auch für die Wahl des nächsten Parteivorstandes.

3. Die Entscheidung des Parteivorstandes über die Vorschläge der Kölner Kreispartei für die Reihenfolge der Listenplätze für den Landtag ist endgültig und wird nicht problematisiert.“

Quelle: Erwin K. und Ute Scheuch: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie, Reinbek bei Hamburg, 1992, S. 84.

können – à la carte -, werden sie ... nicht nach parteipolitischer Linientreue auswählen, sondern nach dem persönlichen Ansehen der Bewerber.“<sup>11</sup>

Frauen könnten vom Wahlrecht profitieren, wenn sie

- von den Parteien auf vorderen, in der Regel chancenreichen Listenplätzen platziert werden,
- vom Wähler von hinteren Listenplätzen „nach vorne gewählt“ werden.

### 6.3.3. Frauen auf vorderen Listenplätzen

Frauen wurden in Magdeburg auf weniger als 30 Prozent der „guten“ Listenplätze 1 bis 3 (siehe unten) gesetzt, insbesondere CDU und SPD. Bei der CDU wurde keine einzige Frau auf Platz 1 der Liste in einem Wahlbereich gesetzt! Hier hat die Linkspartei.PDS insofern ein Zeichen gesetzt, als sie die Hälfte der ersten Listenplätze Frauen zugebilligte, womit sie jedoch keinen akzeptablen Frauenanteil in der eigenen Ratsfraktion garantieren konnte.

Nur die beiden kleineren Parteien, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, können sowohl was vordere Listenplätze als auch die faktische „Drittelparität“ angeht (Frauenanteil unter den Kandidaten insgesamt bei 34,4% - FDP – bzw. 35,5% - Bündnis 90/Die Grünen), als auch aus dem Blickwinkel der Geschlechterverteilung bei den „guten“ Listenplätzen auf bessere Zahlen verweisen. Einen Frauenanteil von immerhin 40 Prozent bei den Kandidaten verzeichnete der Bund für Magdeburg (BfM).

Die Parteien haben bei den Kommunalwahlen auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, unabhängige Kandidaten auf ihren Wahllisten zu platzieren, darunter auch einige bekannte Frauen. Bei Bündnis 90/Die Grünen kandidierte etwa die Vorsitzende des Mieterbundes, Sigrid Kubicka, bei der FDP mit Gabriele Putz z.B. eine bekannte Schmuckdesignerin. Da diese unabhängigen Kandidatinnen jedoch im Wahlkampf nicht besonders herausgestellt wurden, z.B. durch ein eigenes Personenplakat oder einen persönlichen Flyer, außerdem in ungünstigen Wahlkreisen<sup>12</sup> antraten, hatten sie von vornherein keine realistische Chance, in den Stadtrat gewählt zu werden.

### Platzierung von Frauen auf den Wahllisten der Parteien bei den Kommunalwahlen in Magdeburg 2004

Frauen auf Listenplatz des Wahlvorschlags	1	2	3	Frauenanteil bei den Listenplätzen 1-3 gesamt	Frauenanteil bei den Listenplätzen 1-3 in Prozent
CDU	-	2	5	7/30	23,3
Linkspartei.PDS	5	4	-	9/30	30,0
SPD	2	3	3	8/30	26,6
FDP	3	5	2	10/30	33,3
Bündnis 90/Grüne	2	6	3	11/30	36,6

Aus: Magdeburger Statistische Blätter H. 51, Wahlen 2004: Europawahl, Kommunalwahl am 13. Juni 2004, Magdeburg 2004, S. 18-27.

<sup>11</sup> So Hans-Georg Wehling: Rat und Bürgermeister in der deutschen Kommunalpolitik, in: ders. und Andreas Kost, Hrsg.: Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003, S. 307.

<sup>12</sup> Die Landeshauptstadt Magdeburg zeichnete sich bei den Kommunalwahlen 2004 durch eine wenig ausgewogene Aufteilung der Wahlkreise aus, die Zahl der Wahlberechtigten differierten zwischen 15.866 und 23.960 lag. Vgl. Magdeburger Statistische Blätter, H. 51: Wahlen 2004, Magdeburg 2004, S. 16.

**Alters- und Geschlechterverteilung der Bewerberinnen und Bewerber zur Stadtratswahl und der Stadträtinnen und Stadträte 2004**

Wahlvorschlag	Bewerber	darunter Frauen	Frauenanteil in Prozent	Altersdurchschnitt	Sitze im Stadtrat	darunter Frauen	in Prozent
CDU	75	19	25,3	46,9	14	-	-
PDS	32	9	28,1	47,1	17	4	23,5
SPD	48	11	22,9	44,8	13	2	15,4
FDP	90	31	34,4	42,0	4	1	25,0
Bündnis 90/ Die Grünen	31	11	35,5	38,4	4	0	0
future! die jugendpartei	10	2	20,0	27,1	2	0	0
BfM	11	4	36,4	59,7	1	0	0
Spaßpartei	5	0	0	23,4	-	-	-
Tierschutzpartei	5	2	40,0	49,6	1	1	100,0
Offensive D	3	0	0	54,6	-	-	-
<b>gesamt</b>	<b>310</b>	<b>89</b>	<b>28,7</b>	<b>-</b>	<b>56</b>	<b>8</b>	<b>14,3</b>

Aus: Magdeburger Statistische Blätter H. 51, Wahlen 2004: Europawahl, Kommunalwahl am 13. Juni 2004, Magdeburg 2004, S. 28.

In Magdeburg wurden nur wenige Frauen vom Wähler von hinteren Listenplätzen nach vorne gewählt, zu erwähnen sind vor allem die beiden CDU-Nachrückerinnen, Uta Siedentopf (von Listenplatz 5 auf 2 vorgewählt) und Claudia Szydzick (von Listenplatz 8 auf 3 vorgewählt) - das sind die einzigen Stadträtinnen, die von den Plätzen 4 bis 9 in den Stadtrat gewählt wurden. „Heraus gewählt“ wurden bei der Linkspartei.PDS Carolin Kürschner, die im Magdeburger Wahlbereich 9 von ihrer Partei auf Platz 1 der Liste gesetzt war, vom Wähler jedoch nur auf Rang drei gewählt wurde – und nur die ersten beiden Listenplätze „zogen“ für die Linkspartei.PDS. Ähnlich ging es bei der SPD im Wahlbereich 10 Annerose Lehmann-Aulich, die Platz 2 der „Setzliste“ belegte, der in diesem Wahlbereich für den Einzug in den Stadtrat gereicht hätte. Der Wähler setzte sie jedoch nur auf Platz 3 der SPD-Liste im Wahlbereich 10.

**Kandidatinnen zur Kommunalwahl 2004 in Magdeburg – Wahlbereiche 01-05**

Name (Stadträtinnen sind <b>hervorgehoben</b> )	Liste der Partei	Wahlbereich	Listenplatz auf Partei- liste	Wählervotum im Wahlbereich	Differenz
Sieglinde Jahnel	CDU	01	2	2	-
Christa Müller	CDU	01	5	3	+2
<b>Beate Wübbenhorst</b>	<b>SPD</b>	01	1	1	-
Heidrun Karin Pauli	FDP	01	2	3	-1
Claudia Fund	FDP	01	9	4	+5
Sigrid Kubica	Grüne	01	1	1	-
Babett Anders	Grüne	01	3	3	-
Haß, Steffi <sup>13</sup>	future!	01	1	1	-
Mirjam Ellengard Karl-Sy <sup>14</sup>	Tierschutz- partei	01	1	1	-
Bärbel Bühnemann	CDU	02	2	3	-1
Ingrid Fink	CDU	02	7	6	+1
<b>Karin Meinecke</b>	<b>PDS</b>	02	1	1	-
Andrea Schmidt	SPD	02	2	2	-
Andrea Karla Coffier	SPD	02	5	5	-
Dr. Renate Nadge	FDP	02	2	3	-1
Alexandra Berchter	FDP	02	8	7	+1
Anna Maria Haase	Grüne	02	2	3	-1

<sup>13</sup> Einzige Kandidatin auf der Wahlliste von future! im Wahlbereich 01.

<sup>14</sup> Einzige Kandidatin der Tierschutzpartei im Wahlbereich 01.

Anja Rösener <sup>15</sup>	future!	02	1	1	-
<b>Uta Siedentopf</b>	<b>CDU</b>	03	8	3	+5
Angela Sulies	SPD	03	2	3	-1
Carola Kaufmann	FDP	03	1	1	-
Marianne Fund	FDP	03	4	2	+2
Juliana Wagner	FDP	03	8	5	+3
Gabriele Schuster	FDP	03	7	7	-
Gisela Graf	Grüne	03	2	2	-
Christiane Radack	Grüne	03	3	3	-
Renate Wachowski	BfM	03	2	2	-
Alexandra Mehnert	CDU	04	5	4	+1
Maren Stüwe	CDU	04	3	6	-3
Christine Meier	PDS	04	2	2	-
Kornelia Keune	SPD	04	3	5	-2
Christine Achilles	SPD	04	6	6	-
<b>Sabine Paqué</b>	<b>FDP</b>	04	1	1	-
Kerstin Funk	FDP	04	4	3	+1
Gabriele Putz	FDP	04	3	4	-1
Luise-Uta Zimmermann- Krause	FDP	04	9	8	+1
Annett Hörold	Grüne	04	2	3	-1
<b>Claudia</b>	<b>CDU</b>	05	8	3	+5

---

<sup>15</sup> Einzige Kandidatin von future! im Wahlbereich 02.

## Szydick

<b>Regina Frömert</b>	<b>PDS</b>	05	1	1	-
Karin Nahrstedt	SPD	05	2	2	-
Christine Lohmann	FDP	05	2	2	-
Dagmar Bremer	FDP	05	4	6	-2
Marlies Franke	FDP	05	7	7	-
Jana Schneider	FDP	05	6	9	-3
Michaela Frohberg	Grüne	05	2	2	-
Gabriele Milius	BfM	05	1	1	-
Elisabeth Geske	BfM	05	2	2	-

## Kandidatinnen zur Kommunalwahl 2004 in Magdeburg – Wahlbereiche 06-10

Name (Stadträtinnen sind hervorgehoben)	Liste der Partei	Wahlbereich	Listenplatz auf Partei-liste	Wählervotum im Wahlbereich	Differenz
Cornelia Kieper	CDU	06	4	3	+1
Dr. Beate Bettecken	CDU	06	3	4	-1
<b>Dr. Rosemarie Hein</b>	<b>PDS</b>	06	2	1	+1
Anke Angenstein	PDS	06	1	2	-1
<b>Dagmar Huhn</b>	<b>SPD</b>	06	1	1	-
Juliane Pilster	FDP	06	1	1	-
Gabriele Busch	FDP	06	3	3	-
Franziska Fitzke	FDP	06	8	7	+1
Ankristin Wegener	FDP	06	6	8	-2
Ursula	FDP	06	9	9	-

Wollemann

Ines Urmoneit	Grüne	06	1	1	-
Maria-Magdalena Lütz	CDU	07	3	5	-2
Sigrid Schob	CDU	07	2	2	-
Christel Löhr	CDU	07	3	3	-
Brigitte Kallweit	FDP	07	4	5	-1
Evelyn Bernstorf	FDP	07	8	6	+2
Dorothea Frederking	Grüne	07	2	2	-
Gisela Luding	CDU	08	6	7	-1
Ute Flotho	FDP	08	2	2	-
Ingeborg Schulze	FDP	08	4	6	-2
Vanessa Albowitz	FDP	08	5	7	-2
Renate Evelin Schulz	BfM	08	2	1	+1
<b>Birgit Kriese<sup>16</sup></b>	<b>Tierschutz-</b> <b>partei</b>	08	1	1	-
Manuela Eggert	CDU	09	3	3	-
Carolin Kürschner	PDS	09	1	3	-2
Hannelore Böckelmann	SPD	09	3	2	+1
Daniela Tost	FDP	09	2	4	-2
Hannelore	FDP	09	6	6	-

---

<sup>16</sup> Einzige Kandidatin der Tierschutzpartei im Wahlbereich 08.

Schmidt						
Sabine Roth	Grüne	09	2	2	-	
Sabine Wölfer	CDU	10	3	4	-1	
Heidemarie Bork	CDU	10	6	6	-	
<b>Jana Bork</b>	<b>PDS</b>	10	1	2	-1	
Kerstin Leyh-Page	FDP	10	4	2	+2	
Juliane Gerling	FDP	10	8	5	+3	
Eva-Maria Schulz	Grüne	10	3	2	+1	

Aus: Magdeburger Statistische Blätter H. 51: Wahlen 2004, hrsg. Vom Amt für Statistik der Landeshauptstadt Magdeburg, Magdeburg 2004, S. 18-27.

#### 6.2.4. Kandidatenauswahl der Parteien

Wer ein politisches Mandat gewinnen will, der muss vor verschiedene Anforderungen erfüllen. Die wichtigsten sind:

- ein hoher lokaler Bekanntheitsgrad und Vernetzung mit Vereinen und Initiativen vor Ort
- zeitliche Abkömmlichkeit und Flexibilität
- Sachkompetenz.<sup>17</sup>

**Lokale Bekanntheit und Vernetzung:** Kommunalwahlen sind Personenwahlen, „insofern sind alle Parteien bestrebt, die bekanntesten Bürger und Bürgerinnen einer Gemeinde für ihre Liste zu gewinnen“<sup>18</sup>. Es ist dabei offenbar hilfreich, wenn Berufe mit hohem Sozialprestige recht weit vorne auf den Listen zu finden sind.<sup>19</sup> Die ideale Kandidatin für eine Kommunalwahl ist promovierte Ärztin, die in dem Stadtteil arbeitet, in dem sie geboren wurde, und die sich engagiert in der Gemeinwesen AG oder einer anderen Stadtteilinitiative bzw. in einem karitativen oder sozialen Verein. (Wer den Berufsalltag von Ärzten kennt, dem ist klar, dass es hier um einen Idealtypus geht, der sich in der Wirklichkeit selten findet.<sup>20</sup>)

<sup>17</sup> Vgl. Hoecker 2002, S. 8, erweitert.

<sup>18</sup> Vgl. Hoecker 2002, S. 8.

<sup>19</sup> Vgl. [http://egora.uni-muenster.de/soz/personen/bindata/Papcke\\_Feindschaft\\_Distanz\\_Prestige.doc](http://egora.uni-muenster.de/soz/personen/bindata/Papcke_Feindschaft_Distanz_Prestige.doc).

<sup>20</sup> Bei der Magdeburger Stadtratswahl lässt sich der Idealtypus in den guten Wahlergebnissen eines parteilosen Kandidaten erkennen, und zwar des Tierarztes Dr. Klaus Kutschmann im Wahlbereich 4 (Stadtfeld Ost). Dr. Kutschmann ist ein sehr bekannter Tierarzt, der auch in der Verbandspolitik sehr aktiv ist und mit seinen

**Zeitliche Abkömmlichkeit und Flexibilität:** Jedes Ehrenamt bringt persönliches Prestige, ist aber auch mit viel Aufwand verbunden, vor allem frisst es Zeit - das gilt vor allem für jedes politische Ehrenamt. Ratssitzungen einmal im Monat, Ausschusssitzungen manchmal mehrere in der Woche, Präsenz bei Veranstaltungen, Pressearbeit, Hintergrundlektüre, Durchsicht der zahlreichen Verwaltungsvorlagen und der lokalen, ggf. der überregionalen Presse, Aktivitäten im Ortsverein und/oder Kreisverband – das alles gehört zum politischen Engagement eines Kommunalpolitikers, das – vor allem in größeren Städten – nur schwer mit den Verpflichtungen aus Beruf und Familie in Einklang zu bringen ist. Da Frauen mehr als Männer die Doppel- und Dreifachbelastung von Beruf, Haushaltsführung und Kindererziehung tragen, ist die zeitliche Abkömmlichkeit und Flexibilität das Haupthindernis für politische engagierte und ambitionierte Frauen. Wenn der Stadtrat – wie in Magdeburg - bereits um 14 Uhr mit seiner monatlichen Sitzung beginnt, dann haben nur diejenigen, diejenigen unter den Stadträten, die sich bereits im (Un-)Ruhestand befinden, damit kein Problem.

**Sachkompetenz:** Ausbildung und Beruf vermitteln Sachkompetenz, die man immer wieder für praktische Politik einsetzen kann. Hinzukommen im Idealfall rhetorisches Talent, Verwaltungswissen (zumindest Grundkenntnisse zur Arbeit der Verwaltung) und Erfahrungen aus dem ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, Verbänden und/oder Initiativen.

„Angesichts dieser Anforderungen kann die geringe Vertretung von Frauen in der Kommunalpolitik nicht erstaunen; entsprechen doch in erster Linie Männer dem skizzierten Profil. Frauen verfügen häufig über einen nur geringen lokalen Bekanntheitsgrad, denn zum einen liegt die Führung eines Vereins, sei es der lokale Sport-, Schützen oder Feuerwehrverein, noch immer fest in Männerhand, zum anderen begünstigt das Popularitätskriterium die bisherigen Amtsträger, die wegen ihrer oftmals langjährigen Tätigkeit bereits vielen Wählern und Wählerinnen bekannt sind. Aber auch das erforderliche Zeitbudget bedeutet für viele Frauen eine Barriere. Familie, Beruf und Politik miteinander zu vereinbaren, ist für Frauen – und insbesondere für junge Frauen mit Kindern – nach wie vor ungleich schwieriger als für Männer. Für nichterwerbstätige Frauen wirkt sich zudem die Berufsbezeichnung „Hausfrau“ nachteilig aus, denn bei gleichzeitig geringem Bekanntheitsgrad hat diese Bezeichnung für die Wählerschaft kaum eine Aussagekraft ...“<sup>21</sup>

### 1.2.5. Wahlergebnis: Eine Niederlage für die Frauen

Nur 42,1 Prozent der Wahlberechtigten gingen bei den Kommunalwahlen landesweit zur Wahlurne (- 7,5 Prozent gegenüber den Kommunalwahlen von 1999). In der Landeshauptstadt Magdeburg nahmen sogar weniger als 35 Prozent an der Kommunal- und der Europawahl am 13.6.2004 teil.

In Sachsen-Anhalt spiegelt sich auch ein bundesweiter Trend wider: Je ländlicher eine Region geprägt, je geringer die Bevölkerungsdichte ist, umso niedriger ist der Frauenanteil in den Gemeindevertretungen.<sup>22</sup> Allerdings ist aus dem Blickwinkel der Frauenrepräsentation das Ergebnis der Stadtratswahl in Magdeburg ein „Ausreißer“ nach unten:

Der Anteil der Frauen im Stadtrat lag zu Beginn der Legislatur 2004 im Magdeburger Stadtrat bei gerade einmal **14,3 Prozent** – also noch erheblich unter dem Frauenanteil im Bundestag und im Landtag. Das wurde auch in der Lokalpresse kritisch kommentiert, weil in der Landeshauptstadt damit ein Rückschritt in der Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik feststellbar ist. **Bündnis 90/Die Grünen haben keine (!) Stadträtin** und auch die **CDU** hatte anfangs **keine Frau in ihrer Ratsfraktion**. Das änderte sich erst, als Frauen als Nachrückerinnen für ausgeschiedene Stadträte in den Stadtrat einzogen.

---

Ratschlägen für Tierfreunde regelmäßig auf der „Ratgeber-Seite“ der Volksstimme präsentiert wird; er zog für den Bund für Magdeburg in den Stadtrat ein.

<sup>21</sup> So Hoecker 2002, S. 8.

<sup>22</sup> Siehe zum Vergleich die Daten z.B. aus Hessen: [http://www.frauen-union-hessen.de/akt\\_05112005\\_nur20.htm](http://www.frauen-union-hessen.de/akt_05112005_nur20.htm)

Bei allen Parteien – mit Ausnahme der Tierschutzpartei<sup>23</sup> - liegt der **Frauenanteil bei den Kandidaturen höher als bei den tatsächlich gewählten Stadträten**. Dies belegt, dass Frauen bei der Listenaufstellung immer noch nachrangig „behandelt“ werden bzw. in „schlechteren“ Wahlkreisen kandidieren. Dadurch werden Quote und Quorum ausgehebelt. In Magdeburg etwa differieren die Wahlkreise – z.B. zwischen Stadtfeld/West / Diesdorf / Ottersleben (Wahlbereich 08: 23.960 Wahlberechtigte) und .Sudenburg / Lemsdorf (Wahlbereich 07: 15.866 Wahlberechtigte) - um mehr als 8000 Wahlberechtigte. Im Wahlbereich 08 der Landeshauptstadt wurden mit 25.942 gültigen Stimmen (Wahlbeteiligung 38,6%) fast doppelt so viele gültige Stimmen abgegeben wie im Wahlbereich 07 (13.723 gültige Stimmen, Wahlbeteiligung 31,0 %).

**Eine Kandidatur in einem Wahlkreis mit vielen Wahlberechtigten, die ggf. noch in größerem Umfang als in anderen Stadtteilen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, ist also chancenreicher als die Kandidatur in einem kleineren Wahlkreis.** Im Wahlbereich 08 (Stadtfeld/West, Diesdorf, Ottersleben) wurden zehn, im Wahlbereich 07 (Sudenburg, Lemsdorf) wurden nur drei Stadträte gewählt.<sup>24</sup>

**Keine der im Magdeburger Stadtrat vertretenen Parteien erfüllt die selbst gesetzten Quoten- und Quorumsvorgaben.** Selbst die Linkspartei.PDS, sonst in Sachsen-Anhalt führend hinsichtlich der Frauenrepräsentation in öffentlichen Ämtern, fällt bei den Kandidaturen von Frauen für den Magdeburger Stadtrat hinter Bündnis 90/Die Grünen und FDP zurück. Die FDP, ansonsten landesweit Schlusslicht, was die Beteiligung von Frauen beim Wettbewerb um öffentliche Ämter betrifft, erreicht in Magdeburg ebenso wie die Grünen mehr als die Drittelparität bei den Kandidaturen und ist im Gegensatz zu den Grünen auch mit einer Frau im Stadtrat vertreten.

In Sachsen-Anhalt gibt es (bis zur kommunalen Neugliederung und der Kreistagswahl 2007) 21 Kreistage und drei kreisfreie Städte mit insgesamt 1092 Abgeordneten, von denen 211 Frauen sind. Der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten lag seit der Wende knapp über 20 Prozent und fiel mit der Kommunalwahl 2004 auf 19,3 Prozent. Bei allen wichtigen Parteien sank der Frauenanteil, stabil blieb er nur bei Bündnis 90/Die Grünen.

Blickt man zunächst auf die kreisfreien Städte, so ist festzustellen, dass nur im Stadtrat von Halle der Frauenanteil an den Stadträten mit 32,2 Prozent fast die Drittelparität erreicht, während in Magdeburg Frauen nur zu einem Anteil von 14,3 Prozent gewählt wurden. **In keinem einzigen Kreistag sind Frauen mit 30 Prozent der Kreistagsmitglieder vertreten** (der Kreistag Bitterfeld erreicht immerhin einen Frauenanteil von 29,2 Prozent, der Saalkreis hingegen nicht einmal 10 Prozent).

Unter den großen Parteien verzeichnet die Linkspartei.PDS den höchsten Frauenanteil, auch sie erreicht jedoch keine 30 Prozent; demgegenüber sind nur 11,5 Prozent der FDP-Kreistagsmitglieder in Sachsen-Anhalt Frauen. Mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen ging der Frauenanteil bei den wichtigen Parteien in Sachsen-Anhalt 2004 zurück; bei der FDP stagniert dieser Anteil seit Jahren bei knapp 12 Prozent, die CDU erreicht etwa einen Frauenanteil bei den Abgeordneten von nur 14 Prozent. Sogar die Grünen, hier zeigt sich besonders deutlich das Problem der Kandidatenmobilisierung ‚im Zeichen der Quote‘, bleiben deutlich unter 20 Prozent. Auch SPD und Linkspartei.PDS sind weit entfernt von den eigenen Quoten-Vorgaben.

### **Sitzverteilung in den Stadträten der kreisfreien Städte und in den Kreistagen der Landkreise in Sachsen-Anhalt 1994-2004**

#### **Kreistagsabgeordnete bzw. Stadträte in den kreisfreien Städten**

Partei	1994			1999			2004		
	Abgeordnete	davon Frauen	Frauenanteil in %	Abgeordnete	davon Frauen	Frauenanteil in %	Abgeordnete	davon Frauen	Frauenanteil in %
i									

<sup>23</sup> Die Stadträtin der Tierschutzpartei trat aus der Partei aus, nachdem sie 2006 im politischen Streit um das Tierheim gegen den Neubau und für die Instandsetzung am alten Standort votiert und daraufhin von ihren Parteifreunden kritisiert und zum Rücktritt aufgefordert worden war. Das – nicht nur für eine Landeshauptstadt peinliche – Gezerre um den Tierheimneubau in Magdeburg ist dokumentiert auf [www.hans-werner-bruning.de](http://www.hans-werner-bruning.de).

<sup>24</sup> Vgl. Magdeburger Statistische Blätter H. 51: Wahlen 2004, bearbeitet von Werner Ley und Berthold Stein, Magdeburg 2004, S. 16, S. 24f.

CDU	320	58	18,1	374	71	18,9	403	56	13,9
SPD	282	54	19,1	267	67	25,1	219	45	20,5
PDS	153	44	28,7	163	52	31,9	241	72	29,5
FDP	83	10	12,0	59	7	11,9	87	10	11,5
Grüne	53	16	30,2	24	4	16,7	34	6	17,6

Quelle: Statistisches Landesamt.

### Kreistage und Stadträte kreisfreier Städte mit dem höchsten und mit dem niedrigsten Frauenanteil 2004

Stadtrat / Kreistag	Zahl der Stadträte / Kreistagsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Stadtrat Stadt Halle	56	18	32,2
Kreistag Bitterfeld	48	14	29,2
Stadtrat Stadt Magdeburg	56	8	14,3
Kreistag Saalkreis	42	4	9,95

Quelle: Statistisches Landesamt, Hrsg.: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 13. Juni 2004. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Endgültige Ergebnisse, Halle 2004, S. 22.

## 1.3. Landratswahlen

### 1.3.1 Landrat – ein Amt mit eigener demokratischer Legitimation und hoher Gestaltungsmacht

Landräte und Bürgermeister werden in Sachsen-Anhalt direkt gewählt, und zwar unabhängig von den Kommunalvertretungen, mit denen sie eng zusammenarbeiten (Kreistage, Gemeinde-/Stadträte). Sie haben nicht nur eine eigene demokratische Legitimation, sondern versehen auch die Wahlämter mit der längsten Legislatur (sieben Jahre).<sup>25</sup> Dem Landrat obliegt die repräsentative Vertretung des Landkreises nach außen. Er ist außerdem gleichzeitig Chef der Kreisverwaltung und erledigt in dieser Funktion die Geschäfte der laufenden Verwaltung und führt die Beschlüsse des Kreistages und der beschließenden Ausschüsse aus.<sup>26</sup>

Von den Selbstverwaltungsaufgaben des Landkreises sind die Aufgaben zu unterscheiden, die der Landrat für den Staat erfüllt. Bei diesen Aufgaben des so genannten übertragenen Wirkungskreises wird der Landrat vom Land beauftragt, Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörden zu erfüllen. In dieser Funktion übt der Landrat beispielsweise die Kommunalaufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften aus.

<sup>25</sup> Auch die Beigeordneten werden – vom Stadt- bzw. Kreistag – für eine Legislatur von sieben Jahren gewählt.

<sup>26</sup> Zur Tätigkeit eines Landrates beim „Neubau“ der Verwaltung nach 1989 vgl. Thomas Veil: „Hofrat“ in Halberstadt, in: Michael Kilian: Sachsen-Anhalt. Land der Mitte – Land im Aufbau. Die Entstehung eines neuen Bundeslandes in Erlebnisberichten, Bad Honnef 2002, S. 491-504.

Der Kreistag kann für einzelne Aufgaben Ausschüsse bilden. Möglich sind ständige oder zeitweilige sowie beschließende oder beratende Ausschüsse. Während beschließende Ausschüsse über einzelne Themen abschließend entscheiden können, sind die beratenden Ausschüsse für die Vorbereitung der Entscheidungen des Kreistages zuständig. Vorsitzender der Ausschüsse ist in der Regel der Landrat. Die Ausschüsse tagen wie der Kreistag grundsätzlich öffentlich.

### 1.3.2 Landräte in Sachsen-Anhalt

Der Frauenanteil unter den Landräten in Sachsen-Anhalt war 2006 äußerst gering, nur Heike Brehmer (CDU) amtierte im Landkreis Aschersleben-Staßfurt. Auch in anderen Bundesländern ist der Frauenanteil unter den Landräten ähnlich gering wie in Sachsen-Anhalt.<sup>27</sup> Hinzu kommt, dass die Stellen von Beigeordneten und Dezernatsleitern in den Städten in der deutlich überwiegenderen Mehrheit ebenso von Männern besetzt sind, wie die Stellen der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Durch die kommunale Kreis- und Gebietsreform wird die Zahl der Landkreise 2007 von 21 auf 11 verringert. Da bei den 2007 anstehenden Wahlen vornehmlich die Amtsinhaber der „Altkreise“ kandidieren und diese auch die größten Wahlchancen haben, zumal sie von den drei großen Parteien in Sachsen-Anhalt – CDU, SPD, Linkspartei.PDS - unterstützt werden, wird sich der Frauenanteil in diesem wichtigen Wahlamt bis 2014 voraussichtlich zahlenmäßig nicht erhöhen, vielleicht sogar auf Null gestellt!

### 1.4. Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen

Wie einflussreich das Amt des Oberbürgermeisters in einer kreisfreien Stadt ist, kann man daraus entnehmen, dass mit Ingrid Häußler eine Landesministerin für das Amt der Oberbürgermeisterin von Halle kandidierte und am 12.3.2000 im 2. Wahlgang gewählt wurde.

Bürgermeister und Oberbürgermeister stehen im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse. Alle wichtigen Vorlagen der Verwaltung gehen über ihren Tisch. Sie sind Chefs einer auf sie hierarchisch zugeschnittenen Verwaltung, Repräsentanten und Rechtsvertreter der Gemeinde im Innern wie nach außen und haben dazu noch den Vorsitz in wichtigen Ausschüssen des Stadtrates (z.B. Verwaltungsausschuss).

#### Bürgermeisterwahlen in Sachsen-Anhalt

Jahr	Zahl der Bürger meister- wahlen	Frauen ins Amt gewählt	Frauenanteil in Prozent
------	--	---------------------------------	----------------------------

2004	51	9	17,6
2005	66	9	13,5
2006	65	11	16,9

Quelle: [http://www.stala.sachsen-anhalt.de/kw01/ind\\_kw01.htm](http://www.stala.sachsen-anhalt.de/kw01/ind_kw01.htm) Stand 6.10.2006.

#### Oberbürgermeister in den drei kreisfreien Städten des Landes Sachsen-Anhalt seit 1990

<b>Dessau</b>	Dr. Jürgen Neubert, FDP (1990-94)	Hans-Georg Otto, SPD, seit 2000 parteilos (amtiert seit 1994)		Neuwahl 2007
<b>Halle</b>	Peter Renger (1990-91)	Dr. Klaus Peter Rauen, CDU (1991-2000)	<b>Ingrid Häußler</b> , SPD (2000-2007)	<b>Dagmar Szabados</b> , SPD (ab 2007)
<b>Magdeburg</b>	Dr. Wilhelm Polte, SPD (1990-2001)		Dr. Lutz Trümper, SPD (seit 2001)	Neuwahl 2008

<sup>27</sup> In Hessen amtierte 2005 keine Frau als Landrätin.

Als Gründe dafür, dass nur wenige Frauen für das Amt des (Ober-)Bürgermeisters kandidieren, nennt Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, einer der besten Kenner der Kommunalpolitik in Deutschland, die zu erwartenden Rollenkonflikte (die Ansprüche von Ehepartner und Kindern) und die in den Augen der Frauen stark männlich geprägte Kommunalpolitik.<sup>28</sup>

#### 1.4.1. Magdeburg: Oberbürgermeisterwahl 2001

Bei der OB-Wahl in Magdeburg 2001 traten elf Kandidaten an, davon zwei Frauen: Als unabhängige Kandidatin stellte sich Anke Kroll<sup>29</sup> zur Wahl und erhielt gerade einmal 1,1 Prozent der Stimmen; mit 1,5 Prozent erreichte die unabhängige Kandidatin Elke Plöger, die frühere Staatssekretärin für Gleichstellungsfragen, ein ähnliches Ergebnis. Letztere hat im Wahlkampf gelegentlich versucht, das „Frauenthema“ zu problematisieren und im Bereich der Sozialpolitik anzusprechen, sie ist damit jedoch nicht durchgedrungen. In einem sehr intensiv geführten Wahlkampf mit zahlreichen Veranstaltungen und einer breiten Mobilisierungskampagne dominierten eindeutig Wirtschaftsthemen. Trotz intensiver Wahlwerbung gingen im ersten Wahlgang aber nur 36,9 Prozent, im zweiten Wahlgang sogar nur 26,5 Prozent der Wähler zur Wahlurne!

In die Stichwahl kamen zwei prominente Kommunalpolitiker: Dr. Lutz Trümper (SPD), viele Jahre Vorsitzender des Finanzausschusses im Magdeburger Stadtrat und dann Staatssekretär im Landesumweltministerium bzw. im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, gewann gegen Hans-Werner Brüning (Linkspartei.PDS). Die nächste OB-Wahl in Magdeburg findet 2008 statt. Oberbürgermeister Trümper hat angedeutet, dass er wieder antritt.<sup>30</sup>

#### Oberbürgermeisterwahl in Magdeburg 2001

Gegenstand der Nachweisung	Hauptwahl am 06.05.2001		Stichwahl am 20.05.2001	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	196 438	.	196 106	.
Wähler/Wahlbeteiligung	72 540	36,9	52 041	26,5
Ungültige Stimmen	664	0,9	388	0,7
Gültige Stimmen	71 876	99,1	51 653	99,3
davon entfielen auf:				
1. Beyerling, Hans-Jörg (WG)	1 721	2,4	.	.
2. Brüning, Hans Werner (PDS)	16 797	23,4	17 779	34,4
3. Frey, Reinhold	988	1,4	.	.
4. Giefers, Thorsten (GRÜNE)	1 007	1,4	.	.
5. Heinze, Uwe	443	0,6	.	.
6. Kroll, Anke	795	1,1	.	.
7. Prof. Dr. Paqué, Karl-Heinz (FDP)	12 062	16,8	.	.
8. Pfeifer, Ernst-Ulrich (CDU)	12 462	17,3	.	.
9. Plöger, Elke	1 076	1,5	.	.
10. Ritter, Ralf	775	1,1	.	.

<sup>28</sup> Siehe Hans Georg Wehling, Artikel „Kommunalpolitik in Baden-Württemberg“ in: Andreas Kost und Hans-Georg Wehling, Hrsg.: Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003. S. 29. Vergleichszahlen liegen dazu aus Österreich vor: 2299 Bürgermeister standen 2005 gerade einmal 60 Bürgermeisterinnen gegenüber (2,5%), während in Lettland jeder dritte Bürgermeisterposten von einer Frau bekleidet wird. Siehe auch ders. und Theodor Pfizer, Hrsg.: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Schriften zur politischen, Landeskunde Band 11, 3. Auflage, Stuttgart 1999, S. 203-216.

<sup>29</sup> Anke Kroll ist Inhaberin eines Kleinverlages, die sich stark sozial engagiert, 1994 von den Leserinnen und Lesern der Magdeburger Volksstimme zur „Magdeburgerin des Jahres“ gewählt wurde. Vgl. <http://www.etaner-verlag.de/person.htm>. Sie ist – zusammen mit Dr. Lydia Hüskens MdL und Landtagspräsident Dieter Steinecke auch Initiatorin für die Verleihung eines Unternehmerpreises („Engel für solidarische Hilfe“, siehe: <http://www.lydia-hueskens.de/104.html>).

<sup>30</sup> Vgl. das Volksstimme-„Jahresendinterview“, Magdeburger Volksstimme, 28.12.2006.

<b>11. Dr. Trümper, Lutz (SPD)</b>	<b>23 750</b>	<b>33,0</b>	<b>33 874</b>	<b>65,6</b>
------------------------------------	---------------	-------------	---------------	-------------

#### 1.4.2. Halle: Oberbürgermeisterwahl 2006

Mit Dagmar Szabados (SPD) siegte die langjährige Sozialbeigeordnete der Stadt Halle und einzige Frau unter den 14 Kandidaten – in der Stichwahl gewann sie gegen den Landtagsabgeordnete Bernhard Bönisch.<sup>31</sup>

#### Oberbürgermeisterwahl in Halle 2006

Gegenstand der Nachweisung	Hauptwahl am 12.11.2006		Stichwahl am 26.11.2006	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	199788	.	199446	.
Wähler/Wahlbeteiligung	64668	<b>32,4</b>	54746	<b>27,4</b>
Ungültige Stimmen	735	1,1	1077	2,0
Gültige Stimmen	63933	98,9	53669	98,0
davon entfielen auf:				
1. Beyse, Dirk	2303	3,6	.	.
2. Bönisch, Bernhard (CDU)	15692	24,5	24384	45,4
3. Danke, Hans-Jürgen	394	0,6	.	.
4. Jokelle, Frank	195	0,3	.	.
5. Karl, Andreas (NPD)	1089	1,7	.	.
6. Koch, Bernd	297	0,5	.	.
7. Dr. Meerheim, Bodo (Die Linke.)	11861	18,6	.	.
8. Nickels, Horst	484	0,8	.	.
9. Pietzonka, Martin	553	0,9	.	.
10. Richardt, Thomas	84	0,1	.	.
11. Stroh, Klaus-Jörg (GRAUE)	577	0,9	.	.
<b>12. Szabados, Dagmar (SPD)</b>	<b>26241</b>	<b>41,0</b>	<b>29285</b>	<b>54,6</b>
13. Wolter, Tom	3979	6,2	.	.
14. Zimmer, Volker	184	0,3	.	.

Quelle: [www.stala.sachsen-anhalt.de](http://www.stala.sachsen-anhalt.de)

#### 6.4.3. Dessau: Oberbürgermeisterwahl 2001

Sechs Männer kandidierten 2001 für das Amt des Oberbürgermeisters, Amtsinhaber Otto (parteilos, früher SPD) setzte sich gegen den SPD-Kandidaten Platz in der Stichwahl durch.<sup>32</sup>

<sup>31</sup> Vgl. <http://wahlen.halle.de>. In ihrem 100-Tage-Programm kommt das Thema „Frauen“ nicht vor; vgl. [http://www.ob-dagmar.de/resource/download/pdf/10\\_Punkte\\_100\\_Tage.pdf](http://www.ob-dagmar.de/resource/download/pdf/10_Punkte_100_Tage.pdf).

<sup>32</sup> Holger Platz wurde später zum Beigeordneten der Landeshauptstadt Magdeburg gewählt.

## 1.5. Landtagswahlen 2006

### 1.5.1. Kandidatenauswahl: Direktkandidaten

Nur fünf Parteien stellten Direktkandidaten in allen Wahlkreisen des Landes Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2006 auf. Von diesen hatten nur die Direktkandidaten von CDU, SPD und Linkspartei.PDS eine realistische Chance, mit Hilfe der Erststimmen und damit dem Mandat der Wähler des jeweiligen Wahlkreises auch in den Landtag einzuziehen. Der Frauenanteil bei den Parteien, die in allen 45 Wahlkreisen Direktkandidaten aufstellten, erreichte nicht einmal ein Viertel; allein bei der Linkspartei.PDS erreichte er ein Drittel der Kandidaturen.

	Direktkandidaten	Männer	Frauen	Frauenanteil bei Direktkandidaten in %	Wahlkreis-siegerinnen	Frauen, die über die Landesliste in den Landtag einzogen
<b>SPD</b>	45	32	13	28,9	0	10
<b>CDU</b>	45	35	10	22,2	7	0
<b>Linkspartei.PDS</b>	45	30	15	33,3	0	12
<b>FDP</b>	45	37	8	17,8	0	1
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	45	32	13	28,9	0	0
<b>DVU</b>	-	-	-	-	-	0
<b>Off D-STATT-DSU<sup>33</sup></b>	29	26	3	10,3	0	0
<b>MLPD</b>	10	5	5	50	0	0
<b>BBW<sup>34</sup></b>	17	16	1	5,9	0	0
<b>Bündnis – DKP/KPD</b>	4	2	2	50	0	0
<b>AGFG<sup>35</sup></b>	8	8	0	0	0	0
<b>GUT<sup>36</sup></b>	11	6	5	45,4	0	0
<b>Einzelbewerber</b>	17	15	2	11,8	0	0
<b>Gesamt</b>	321	244	77	24	7	<b>23</b>

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

**Zum Vergleich:** Von den insgesamt 651 Wahlbewerbern der 19 zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006 zugelassenen Parteien sowie den zugelassenen Einzelbewerbern waren 520 Männer und lediglich 131 Frauen (20,1 Prozent). Den höchsten Frauenanteil unter den Kandidaten zur Landtagswahl 2006 wiesen mit gut 34 Prozent Bündnis 90/Die Grünen auf. Auch bei der SPD und der FDP traten mit 28,9 Prozent bzw. gut 24 Prozent gemessen am Landesdurchschnitt noch überdurchschnittlich viele Frauen an. Der Frauenanteil unter den Landtagskandidaten der CDU lag hingegen mit rund 17 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Allerdings sind unter den 139 Abgeordneten im neu gewählten 14. Landtag von Baden-Württemberg 106 Männer und nur 33 Frauen, nicht einmal 24%.<sup>37</sup>

#### Wettbewerb um Direktkandidatur

Einen innerparteilichen Wettbewerb um die Direktkandidatur in einem Wahlkreis gibt es in der Regel nur bei den Parteien, die Chance haben, ein Direktmandat zu gewinnen. Und selbst bei CDU, SPD und Linkspartei.PDS wird in der Regel versucht, das Bild der Geschlossenheit nach außen (und innen) nicht durch eine Kampfkandidatur zu gefährden.

Schaut man sich politische **Karrieremuster von Politikerinnen und Politikern auf Landes- und auf Bundesebene** an, so lassen sich neben den oben genannten Voraussetzungen<sup>38</sup> folgende Kriterien für den Erfolg auf der politischen Karriereleiter nennen.<sup>39</sup>

<sup>33</sup> Bündnis Offensive für Sachsen-Anhalt; Offensive D - STATT Partei – DS.U

<sup>34</sup> Bund der Bürgerinitiativen und Freie Wähler Sachsen-Anhalt.

<sup>35</sup> Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit.

<sup>36</sup> Gerechtigkeit - Umwelt – Tierschutz; Wahlallianz aus: DIE GRAUEN - Graue Panther, ÖDP, Die Tierschutzpartei.

<sup>37</sup> Vgl. Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg: Frauen auch im neuen Landtag in der Minderheit, <http://www.statistik-portal.de/Pressemitt/20061111.asp?Wahlen>

<sup>38</sup> Vgl. die Ausführungen in Kapitel 6.2.4 zur Kandidatenauswahl der Parteien.

**Früher Parteibeitritt und frühzeitige Übernahme von Funktionen und Ämtern in Partei und Kommunalpolitik:** Die „Ochsentour“ bleibt nur „Quereinsteigern“ erspart. Dazu gehören z.B. der Besuch von Parteiveranstaltungen, Fortbildungen zu Sachthemen und instrumentellen Fertigkeiten, die von politischen Stiftungen veranstaltet werden, oder die aktive Wahlkampfunterstützung.

**Persönlich-fachliches Profil durch Ausbildung und Beruf:** Abgeordnete im Bundestag und in den Landtagen haben heute meist eine akademische Ausbildung und einen Beruf, der eine solche Ausbildung voraussetzt. Gute Kontakte über das engere Berufsfeld hinaus in verwandte Tätigkeitsbereiche vor Ort erleichtern die Kandidatur. So genannte „ressourcenstarke“ Mitglieder, die gut qualifiziert und einer gehobenen Stellung im Erwerbsleben ausgestattet sind, haben zunehmend Einfluss in den Parteien gewonnen.<sup>40</sup> Während Frauen bei den schulischen Abschlüssen und im Studium inzwischen mit den Männern fast gleichgezogen haben, sind sie in einflussreichen beruflichen Positionen weit seltener zu finden.

**Die zeitliche Abkömmlichkeit** bereitet Frauen größere Probleme als Männern. Familienpflichten lassen sich bekanntlich nur schwer mit einer politischen Karriere verbinden sowie der Anforderung, immer präsent, flexibel und verfügbar zu sein. Folglich war es lange Zeit typisch für Frauen, dass sie später als Männer in die Politik gingen. Für männliche Abgeordnete dagegen ist es normal, verheiratet zu sein und Kinder zu haben. Die politischen Karrieremuster entsprechen weitgehend der männlichen Lebenssituation. Frauen dagegen haben aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von Anfang an erschwerte Startbedingungen. Ihre gesellschaftliche Ungleichheit setzt sich in den Parteien fort und mindert ihre Aufstiegschancen. Allerdings zeigt die politische Biografie der „Frauen mit Macht“ in Sachsen-Anhalt (siehe oben Kapitel 1, Abschnitt: Und wie ist die Situation in Sachsen-Anhalt), dass diese Frauen es verstanden haben, Politik (als Beruf) und Familie erfolgreich „unter einen Hut“ zu bringen.

#### **Machtwillen und Durchsetzungsfähigkeit**

„Die Zarten beißen kräftig zu,  
sind zäh und geben keine Ruh’.  
So war im Kampf um Wählerstimmen  
Mit Frauen häufig zu gewinnen.“<sup>41</sup>  
*Angelika Doetsch*

Parteien machen gelegentlich hinsichtlich der parteiinternen Mobilisierung und der innerparteilichen Demokratie positive Erfahrungen mit der Nominierung der Direktkandidaten durch die Parteimitglieder, die durch meist mehrere Vorstellungsrunden im Wahlkreis informiert sind und in einer Wahlversammlung nach einer nochmaligen Vorstellungsrunde über die Kandidaten abstimmen dürfen. Diesen aufwändigen und durchaus stressigen Wettbewerb bestehen Frauen durchaus erfolgreich – das zeigt etwa das Beispiel von Frau Connemann MdB im Emsland, die sich 2002 in Vorwahlen eines „sicheren“ CDU-Wahlkreises gegen fünf Mitbewerber durchsetzen konnte. Insbesondere in Wahlkreisen, die traditionell von CDU oder SPD dominiert werden, ist die Kandidatur in Vorwahlen für Frauen ein Weg, sich gegen männliche Konkurrenz zu behaupten. Das gilt aber nur dann, wenn ein Amtsinhaber nicht mehr antritt.

#### **1.5.2. Kandidatenauswahl: Landesliste**

„**Kungelrunden**“: Die Aufstellung der Landeslisten der Parteien zu den Landtags- und Bundestagswahlen wird nicht dem Zufall, also allein dem demokratischen Entscheid auf der Delegiertenversammlung überlassen. Sie ist im Vorfeld meist Gegenstand von sog. „Kungelrunden“. Ohne Einbindung in solche informellen Entscheidungs- und Machtstrukturen ist eine politische Karriere nur im Ausnahmefall möglich. „Gerade Frauen aber sind von diesen informellen Kreisen, sei

---

<sup>39</sup> Zusammengestellt in Anlehnung an Hoecker 2002, S. 9 und Everhard Holtmann, Adrienne Krappidel und Sebastian Rehse: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006, S. 101.

<sup>40</sup> Vgl. Heiko Biehl: Parteimitglieder im Wandel: Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005.

<sup>41</sup> Verse der Freiburger CDU-Wahlkreiskandidatin Angelika Doetsch, mit denen sie ihre Rede 2001 bei der Wahlkreisversammlung schloss. Sie wurde nach mehreren Vorstellungsrunden und durch Vorwahl der Parteimitglieder des Wahlkreises zur CDU-Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2002 gewählt, konnte sich aber beim Kampf um das Direktmandat nicht durchsetzen. Frau Doetsch verlor 2006 auch die Stichwahl um das Amt des Flörsheimer Bürgermeisters gegen einen männlichen SPD-Mitbewerber. Vgl. Anton Egner und Günter Misenta: Mensch und Politik S II. Demokratie, Hannover 2002, S. 105f.; Rhein-Main-Presse, 18.9.2006.

es in Parteien oder Parlamenten, oftmals ausgeschlossen. Hier üben die Männer den Schulterchluss gegenüber den Ansprüchen ihrer Parteikolleginnen und verweigern eine angemessene Unterstützung. Dabei bedient man(n) sich häufig **subtiler Formen der Diskriminierung**. Parteifunktionäre halten an ihrem gewohnten Abstimmungs- und Nominierungsverhalten zugunsten von Männern fest; zudem werden an die politischen Qualifikationen von Frauen und Männern unterschiedliche Maßstäbe angelegt. Insbesondere Frauen in politischen Spitzenpositionen sehen sich häufig einer härteren Kritik ausgesetzt als ihre männlichen Kollegen.<sup>42</sup>

**Platzierung von Frauen und Männern auf der Landesliste:** Im Bundestag lässt sich feststellen, dass der Frauenanteil gegen Ende einer Wahlperiode stets größer ist als zu Beginn, weil für ausscheidende Abgeordneten, die nicht aus einem Bundesland mit Überhangmandaten kommen, die nächstplatzierten von der jeweiligen Landesliste nachrücken. Dies sind in der Regel mehr Frauen als Männer, weil Frauen auf den hinteren Listenplätzen zahlreicher vertreten sind als auf den vorderen. Die Quotierung (siehe oben) hat Einfluss auf die Wettbewerbssituation innerhalb der Parteien, wenn es um die Aufstellung der Landeslisten geht, wird aber auch durch andere Faktoren relativiert:

- In den parteiinternen „Kungelrunden“ auf Landesebene dominiert meist der **Regionalproporz**, andere Gesichtspunkte wie Geschlechterverteilung, Nachwuchsförderung oder Fachkompetenz mit Blick auf die Zusammensetzung der zukünftigen Fraktion spielen eine eher untergeordnete Rolle. Das Wahlverhalten in Sachsen-Anhalt hat allerdings dazu geführt, dass bereits zweimal die CDU-Landesliste für die Mandatsverteilung bedeutungslos war, da alle Landtagsmandate an die 48 (2002) bzw. 40 (2006) Direktkandidaten gingen, die ihre Wahlkreise direkt gewannen,<sup>43</sup> sodass selbst Ministerpräsident Böhmer auf Platz 1 der Landesliste erst spät in der 4. Legislatur als Nachrücker auch zu einem Landtagsmandat kam.
- Bei Bündnis 90/Die Grünen findet der **Wettbewerb vor allem zwischen den Männern** (für die „Männerplätze“ auf der Liste) statt, die „Frauenplätze“ auf der Landesliste sind in der Regel nicht so umkämpft wie die „Männerplätze“.
- Eine Partei kann es sich heute allerdings **nicht** mehr leisten, auf den Plätzen 1-10 der Landesebene Frauen unberücksichtigt zu lassen.
- Die Vorabsprachen bzw. die Qualität der dahinter stehenden Mehrheitsverhältnisse innerhalb einer Partei führen dazu, dass der **Wettbewerb auf den Listenparteitagen begrenzt** ist. Denn Kampfkandidaturen werden von der Presse nicht als Chance für die Parteien im Sinne der bestmöglichen Personalauswahl, sondern als Zeichen der Zerstrittenheit interpretiert.

#### Die ersten zehn Plätze auf der Landesliste zur Landtagswahl 2006<sup>44</sup>

CDU	SPD	Linkspartei.PDS	FDP	Grüne
1. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL	1 Jens Bullerjahn MdL	1. Wulf Gallert MdL	1. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué MdL	<b>1. Inés Brock</b>
2. <b>Petra Wernicke MdL</b>	<b>2 Dr. Gerlinde Kuppe MdL</b>	<b>2. Dr. Helga Paschke MdL</b>	2. Gerry Kley MdL	<b>2. Dr. Ralf-Peter</b>
3. Jürgen Scharf MdL	3 Rüdiger Erben, Landrat	<b>3 Birke Bull MdL</b>	3. Veit Wolpert MdL	<b>3. Susann Mendel</b>
4. <b>Eva Feußner MdL</b>	<b>4 Katrin Budde, MdL</b>	4 Matthias Höhn MdL	<b>4. Dr. Lydia Hüskens MdL</b>	4. Sören Herbst
5. Detlef Gürth Detlef MdL	5 Dr. Manfred Püchel MdL	<b>5 Gudrun Tiedge MdL</b>	5. Lutz Franke	<b>5. Dr. Gesine Haerting</b>
6. Holger Stahlknecht MdL	<b>6 Corinna Reinecke</b>	6 Dr. Frank Thiel MdL	6. Johannes Hauser MdL	6. Dietmar Weihrich
7. Markus Kurze MdL	7 Ralf Bergmann	<b>7 Dr. Angelika Klein MdL</b>	7. Guido Kosmehl MdL	<b>7. Eva-Maria Schulz</b>
8. Siegfried Borgwardt MdL	<b>8 Petra Grimm-Benne MdL</b>	8 Guido Henke	8. Dr. Uwe Schrader MdL	8. Hartmut Hoke
9. <b>Nicole Rotzsch MdL</b>	9 Gerhard Miesterfeldt, Regierungspräsident a.D.	<b>9 Eva von Angern MdL</b>	<b>9. Silke Seifert MdL</b>	<b>9. Grit Michelmann</b>
10. Marco Tullner MdL	10 Norbert Bischoff MdL	10 Dr. Detlef Eckert MdL	10. Qual Helmut MdL	

<sup>42</sup> So Hoecker 2002, S. 9f.

<sup>43</sup> Direktmandate bei Landtagswahlen errangen 1990 bis 2002 ausschließlich CDU und SPD. 2006 gewann auch die Linkspartei.PDS drei Direktmandate bei der Landtagswahl.

<sup>44</sup> Die Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl umfasste nur neun Personen.

Quelle: Landeswahlleiter, Hrsg.: Wahl des 5. Landtages von Sachsen-Anhalt am 26. März 2006 – Wahlen. Kandidatinnen und Kandidaten, Magdeburg 2006.

**Vordere Listenplätze (Nr. 1-10) von Frauen, die auf dem jeweiligen Listenparteitag ohne Kampfkandidatur vergeben wurden**

CDU	SPD	Linkspartei.PDS	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen
4. 9.	2. 4. 6. 8.	2. 3. 5. 7. Kampfkandidatur um Platz 9, die Eva von Angern MdL gegen eine Mitbewerberin gewann.	4.  Kampfkandidatur um Platz 9, die Silke Seifert MdL gegen Mitbewerber gewann	1.

Quelle: Presseberichterstattung zu den Listenparteitagen, Pressemitteilungen auf den Websites der Parteien.

**1.5.3. Wahlkampf**

Allein die Grünen machten das „Frauenthema“ zu einem hervorgehobenen Thema im Landtagswahlkampf, allerdings ohne durchschlagenden Erfolg.<sup>45</sup>

Man kann allerdings feststellen, dass mit Etablierung der „Bündnisse für Familien“ zumindest familienpolitische Themen beim Bürger „angekommen“ sind und seit der Bundestagswahl 2005 nicht mehr unter „ferner liefen“ rangieren. Seit den 90er-Jahren stehen aber auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes die Themen Wirtschaft und Arbeit ganz oben auf der Agenda, dagegen verblassen alle anderen Themen. Das galt zuletzt auch für die Landtagswahl 2006.

**Wahlentscheidende Themen bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt**

„An erster Stelle standen (für die Wähler, die Verf.) wirtschaftspolitische Motive (38 Prozent), an zweiter Stelle rangieren fast gleichauf arbeitsmarktpolitische Überlegungen (31 Prozent) und die soziale Gerechtigkeit (31 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgen die Fragen der Schul- und Bildungspolitik (16 Prozent), Rentenpolitik sowie die Familienpolitik (12 bzw. 13 Prozent). Ein vergleichsweise geringes Gewicht besaßen die Umwelt- (6 Prozent), Steuer- sowie die Ausländerpolitik (jeweils 7 Prozent).“

Aus: Analyse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. März 2006. Ein Bericht von Infratest dimap für die Friedrich-Naumann-Stiftung, Berlin und Potsdam 2006, S. 28.

**Wahlkampf mit der „Geschlechterkarte“**

Auf einem Wahlkampfplakat von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2006 wurde die „Männerriege“ (v.l.) Bullerjahn, Böhmer und Gallert, also die Spitzenkandidaten von SPD, CDU und Linkspartei.PDS abgebildet, dazu der Slogan „Die schlafen früher ein“, der die „Frühaufsteher“-Kampagne des Landes persifliert.



Bildquelle: [www.gruene-sachsen-anhalt.de](http://www.gruene-sachsen-anhalt.de)

<sup>45</sup> Bündnis 90/Die Grünen konnten ihr Ergebnis gegenüber 2002 von 2,0 auf 3,6 Prozent der Stimmen steigern, verpassten damit aber erneut den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt.

Außerdem wurde das Personenplakat von Frau Brock landesweit plakatiert, während die anderen größeren Parteien, die Direktkandidaten aufstellten, in den Wahlkreisen in der Regel auch Personenplakate der Direktkandidaten aufstellten.

Im Gegensatz zu den Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Linkspartei.PDS und FDP wurde Frau Brock jedoch nicht auf Großplakaten präsentiert.<sup>46</sup> Im Landtagswahlkampf 2002 hatte Cornelia Pieper für die FDP einen Wahlkampf geführt, in dem sie sich selbst als Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten plakatieren ließ.<sup>47</sup> Sie machte damit vergleichbare politische Ansprüche wie die Kandidaten der großen Parteien CDU, SPD und PDS geltend und landete mit ihrer Partei einen Überraschungscoup.<sup>48</sup>

#### 6.5.4. Wahlbeteiligung und Wahlergebnis

Nur 44,4 Prozent der 2 078 671 Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht bei den Landtagswahlen am 26.3.2006 Gebrauch. Das waren 12 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl 2002 – und das deutlich niedrigste Beteiligungsniveau, das je bei einer Wahl zu einem Landtag in Deutschland erreicht wurde.

Die Unterschiede im Wahlverhalten von Frauen und Männern waren bei der Landtagswahl 2006 nicht besonders gravierend. Sie betreffen vor allem die Linkspartei.PDS, den „Wahlgewinner“, und die SPD. Die Linkspartei.PDS schnitt bei den Männern besser ab als bei den Frauen, bei den 18-25-jährigen Frauen verschlechterte sie sich sogar im Vergleich zur Landtagswahl 2002 (-5%). Bei der SPD ist es umgekehrt, sie wird in allen Altersgruppen stärker von Frauen als von Männern gewählt. Das gilt – mit geringen Abweichungen – auch für Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP verlor in allen Altersgruppen zwischen 4 und 15 Prozent an Stimmen. Besonders hoch waren die Verluste bei 18-25-jährigen Männern (-15%) und 25-34-jährigen Frauen (-12%).<sup>49</sup>

#### 6.5.5. Wahlziele der Parteien und Wahlergebnisse bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt aus der Perspektive der Frauenpartizipation

**CDU:** Die CDU wollte das Amt des Ministerpräsidenten verteidigen mit **Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer als Spitzenkandidat**, stärkste Partei werden, sie strebte die Verteidigung der Direktmandate in den Wahlkreisen an, ebenso die Fortsetzung der Koalition mit der FDP. Die CDU schloss aber auch eine Koalition mit der SPD nicht aus. Sie setzte im Wahlkampf ganz auf die Popularität des Ministerpräsidenten, der in Magdeburg und Halle „stockwerkegroß“ an einer Hausfassade als alleiniger „Garant“ (für eine positive Entwicklung des Landes) plakatiert wurde. Aus diesen Zielsetzungen folgt, dass der Fokus der Partei klar auf den Direktkandidaten und -kandidatinnen lag; die Partei „fuhr“ aber zusätzlich eine Erst- und Zweitstimmenkampagne. **10 der 45 Direktkandidaten waren Frauen**, von denen aber drei das „Klassenziel“ Direktmandat verfehlten. Die sieben siegreichen CDU-Kandidatinnen waren die einzigen Frauen unter allen Kandidatinnen bei der Landtagswahl, die ein Direktmandat erringen konnten.

Unter den ersten zehn Kandidaten auf der Landesliste waren drei Frauen, darunter auf Platz 2 Ministerin Petra Wernicke, die nach der Wahl im Amt blieb, und Eva Feußner, stv. Vorsitzende der Landtagsfraktion. Mit **sieben Frauen unter den 40 Fraktionsmitgliedern** beträgt der **Frauenanteil nur 17,5%** und verfehlt die Vorgabe der Drittelparität deutlich. Die Partei ist unter jüngeren Wählern stärker „Männer-“, in der ältesten Kohorte eher „Frauen-Partei“.

**SPD:** Die SPD präsentierte sich seit dem Wechsel im Fraktionsvorsitz von Ex-Innenminister Manfred Püchel zu Jens Bullerjahn stark als Programmpartei, auch mit einem eigenen Leitpapier zur

<sup>46</sup> Bündnis 90/Die Grünen plakatierten auf Großplakaten Losungen zu ihren Kernwahlkampfthemen (z.B. gegen „Gen-Food“).

<sup>47</sup> Hintergrund war der verhältnismäßig geringe Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad der Spitzenkandidatin Reinhard Höppner (Ministerpräsident, SPD) und Wolfgang Böhmer (CDU).

<sup>48</sup> Die FDP zog 2002 mit 13,3 Prozent der Stimmen wieder in den Landtag ein. FDP-Spitzenkandidatin Cornelia Pieper, kurzzeitig Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, gab ihr Landtagsmandat bereits im November 2002 zurück. Sie war zu diesem Zeitpunkt Generalsekretärin der Bundes-FDP, ein Amt, das sie hätte aufgeben müssen, wenn sie ein Ministeramt im Kabinett Böhmer übernommen hätte. Cornelia Pieper entschied sich dafür, im folgenden Bundestagswahlkampf erneut für den Bundestag zu kandidieren. Dass die Spitzenkandidatin politische Verantwortung auf Landesebene ausgeschlagen hatte, ist ihr persönlich und der FDP in den darauf folgenden Wahlkämpfen massiv zum Vorwurf gemacht worden.

<sup>49</sup> Statistisches Landesamt, Hrsg.: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006, Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Halle 2006.

Sozialpolitik, das u.a. von der langjährigen Sozialministerin Gerlinde Kuppe verfasst wurde.<sup>50</sup> wollte mit **Spitzenkandidat Jens Bullerjahn** das Amt des Ministerpräsidenten erringen, stärkste Partei werden und ein besseres Abschneiden bei den Direktkandidaturen in den Wahlkreisen als bei den zurückliegenden Landtagswahlen erreichen. Diese Ziele wurden verfehlt. Keine der immerhin **13 Direktkandidatinnen der SPD** konnte ihren Wahlkreis gewinnen. Vier der ersten zehn Kandidaten auf der Landesliste waren Frauen, darunter die früheren Ministerinnen Gerlinde Kuppe (auf Platz 2) und Katrin Budde (auf Platz 4 der Landesliste), die nach der Wahl als Ministerin (für Gesundheit und Soziales) bzw. SPD-Fraktionsvorsitzende wichtige Ämter übernahmen. Krimhild Fischer wurde stv. Fraktionsvorsitzende. Zehn Frauen zogen über die Landesliste in den Landtag ein (**Frauenanteil in der Fraktion: 41,7%**). Damit übertraf die SPD das eigene Quotenziel von 40%. Die Partei wird in Sachsen-Anhalt in allen Altersgruppen mehr von Frauen als von Männern gewählt.

**Linkspartei.PDS:** Die Linkspartei.PDS wollte mit **Spitzenkandidat Wulf Gallert** stärkste Partei werden und den Ministerpräsidenten stellen, sie wäre aber auch – als zweitstärkste Partei nach der CDU – unter einem SPD-Ministerpräsidenten Jens Bullerjahn in eine Regierung eingetreten. Ein Tolerierungsmodell – wie von 1994-2002 – hatte die Linkspartei.PDS selbst ausgeschlossen. Auf den ersten zehn Plätzen der Landesliste wurden fünf Frauen gewählt, **15 der 45 Direktkandidaten der Linkspartei.PDS waren Frauen**, keine von diesen gewann ein Direktmandat. Dies war drei männlichen Kandidaten der Partei vorbehalten. Deshalb blieb der Frauenanteil in der Fraktion mit zwölf Frauen unter den 26 Landtagsabgeordneten knapp unter der eigenen Zielstellung der Geschlechterparität für politische Ämter (**Frauenanteil 46,2%**), **der Frauenanteil ist aber der höchste der im Landtag vertretenen Parteien**. Birke Bull und Dr. Angelika Klein wurden zu stv. Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Linkspartei.PDS hat den höchsten Frauenanteil an der Mitgliedschaft und zugleich den höchsten Frauenanteil bei den Direktkandidaten und bei den Landtagsabgeordneten. Interessant ist, dass sie aber in fast allen Altersgruppen (Ausnahme: 35-44-Jährige) eher von Männern als von Frauen gewählt wurde.

**FDP:** Die FDP mit **Spitzenkandidat Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué** gab das Wahlziel von 10 Prozent der Stimmen aus, man wollte die erfolgreiche Koalition mit der CDU unter Ministerpräsident Böhmer fortsetzen. Die FDP hat letztmals (auf Bundes- oder Landesebene) durch Uwe Lühr in Halle bei der Bundestagswahl 1990 ein Direktmandat gewonnen.<sup>51</sup> Ihre Abgeordneten ziehen i.d.R. über die Landesliste in das Parlament ein. Hätte die Partei zehn Prozent der Stimmen und damit 9 oder 10 Sitze im Landtag erhalten, wären nur zwei Frauen Mitglied der neuen FDP-Landtagsfraktion geworden. **Der Frauenanteil unter den Landtagsabgeordneten (eine von sieben) unterschreitet mit 14,3 Prozent den der CDU**. Nur **acht der 45 Direktkandidaten waren Frauen (17,8%)**, auch hier verzeichnet die Partei den geringsten Frauenanteil. Die Partei wird tendenziell eher von jüngeren Wählerinnen und Wählern gewählt, unter den 25-34-Jährigen überwiegen die Männer, ansonsten gibt es bei der FDP keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten der Alterskohorten.

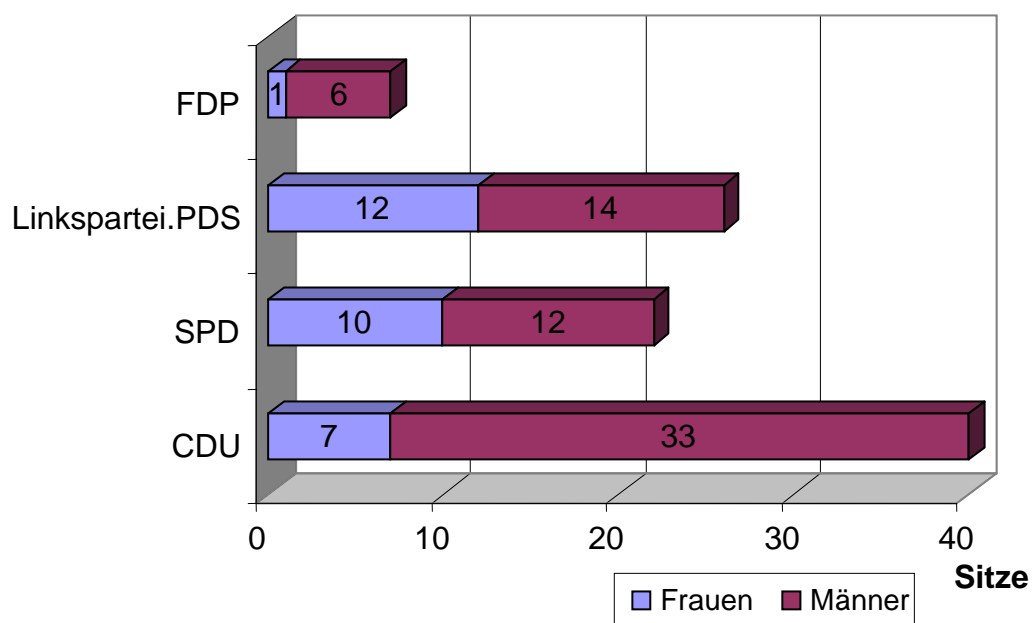
**Bündnis 90/Grüne:** Nur die Bündnisgrünen zogen mit einer **Spitzenkandidatin, der Landesvorsitzenden Inés Brock**, in den Landtagswahlkampf. Trotz des Direktmandats, das der Bundestagsabgeordnete Ströbele bei den Bundestagswahlen 2002 in Berlin-Kreuzberg gewann und 2005 verteidigte, gilt auch für Bündnis 90/Die Grünen, dass sie einen Zweitstimmenwahlkampf führen müssen, damit die Kandidaten über die Landesliste in die Parlamente gewählt werden. Zielsetzung bei der Landtagswahl war der Wiedereinzug in den Landtag, in dem man zuletzt 1994-1998 präsent war. Über fünf Prozent der Stimmen (d.h. etwa fünf Mandate) hätten bedeutet, dass mindestens drei Frauen für Bündnis 90/Die Grünen in den Landtag eingezogen wären. Bündnis 90/Die Grünen stellte 13 Direktkandidatinnen auf (Frauenanteil unter den Direktkandidaten: 28,9%). Auf den neun Plätzen der Landesliste waren fünf durch Frauen besetzt. Grüne Wähler sind verhältnismäßig junge Wähler – und die Partei wird in allen Altersgruppen etwas stärker von Frauen als von Männern gewählt.

Die Wählerinnen und Wähler haben über die Vorauswahl der Parteien entschieden. Das bedeutet für die 5. Legislatur des Landtages von Sachsen-Anhalt (2006 bis voraussichtlich 2011): Frauen verfügen im Landtag über 30 von 97 Sitzen (30,9%). Der Frauenanteil blieb im Vergleich mit der vorhergehenden Legislatur konstant und bewegt sich im Vergleich mit anderen Bundesländern im Mittelfeld. Mehr als die Hälfte der im Landtag vertretenen Frauen gehört den Regierungsparteien CDU und SPD an.

<sup>50</sup> Vgl. [www.zukunftsprogramm.de](http://www.zukunftsprogramm.de).

<sup>51</sup> Die FDP ist auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt auch bei Direktwahlen erfolgreich. Sie stellt u.a. die Bürgermeister von Querfurt und Zerbst.

## Mitglieder des Landtags von Sachsen-Anhalt 2006



## 1.6. Bundestagswahlen 2005

Der Frauenanteil unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der bis in die 80er-Jahre bei unter 10 Prozent lag, hat jetzt die 30-Prozent-Marke überschritten, hauptsächlich wegen des hohen Frauenanteils in den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linke. CDU und FDP verzeichnen zurückgehende Frauenanteile, von der angestrebten Drittelparität, die als Leitlinie allerdings nur für den CDU-Anteil gilt, ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weit entfernt. Im internationalen Vergleich der Frauenrepräsentation in den Parlamenten belegt die Bundesrepublik Deutschland einen Mittelplatz; der Abstand zu den nordeuropäischen Staaten und zu den Nachbarstaaten Belgien und Niederlanden ist nicht sehr groß.

### Frauenanteil im Deutschen Bundestag

Fraktion	CDU/CSU		SPD		FDP		Bündnis 90/ Die Grünen		Linkspartei. PDS		Frauenanteil insgesamt	
	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%
<b>1990</b>	44	13,8	65	27,2	16	20,3	3	37,5	8	47,1	136	20,5
<b>1994</b>	41	13,9	85	33,7	8	17,0	29	59,2	13	43,3	176	26,2
<b>1998</b>	45	18,4	105	35,2	9	20,9	27	57,4	21	58,3	207	30,9
<b>2002</b>	55	22,2	95	37,8	12	25,5	32	58,2	2	100	194	32,2
<b>2005</b>	46	20,3	79	35,6	15	24,6	29	56,9	25	46,3	194	31,6

Quellen: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005 und Website des Deutschen Bundestages: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

## Frauen in den nationalen Parlamenten

Platz	Staat	Parlament			
		Wahltermin	Abgeordnete	davon Frauen	Frauanteil in Prozent
1	Ruanda	09 2003	80	39	48.8
2	Schweden	09 2002	349	158	45.3
3	Costa Rica	02 2006	57	22	38.6
4	Norwegen	09 2005	169	64	37.9
5	Finnland	03 2003	200	75	37.5
6	Dänemark	02 2005	179	66	36.9
7	Niederlande	01 2003	150	55	36.7
8	Cuba	01 2003	609	219	36.0
"	Spanien	03 2004	350	126	36.0
9	Argentinien	10 2005	257	90	35.0
10	Mozambique	12 2004	250	87	34.8
11	Belgien	05 2003	150	52	34.7
12	Österreich	11 2002	183	62	33.9
13	Island	05 2003	63	21	33.3
14	Südafrika	04 2004	400	131	32.8
15	Neuseeland	09 2005	121	39	32.2
<b>16</b>	<b>Deutschland</b>	<b>09 2005</b>	<b>614</b>	<b>194</b>	<b>31.6</b>
17	Guyana	03 2001	65	20	30.8
18	Burundi	07 2005	118	36	30.5
19	Tansania	12 2005	319	97	30.4
20	Seychellen	12 2002	34	10	29.4
31	Schweiz	10 2003	200	50	25.0
42	Portugal	02 2005	230	49	21.3
47	Poland	09 2005	460	94	20.4
51	Großbritannien	05 2005	646	127	19.7
67	United States of America	11 2004	435	66	15.2
123	Turkey	11 2002	550	24	4.4
124	Iran (Islamic Rep. of)	02 2004	290	12	4.1

Quelle: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>, Stand Nov. 2006.

SPD, CDU, CSU und Linkspartei.PDS, dazu Christian Ströbele von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin-Kreuzberg gewannen Direktmandate bei den Bundestagswahlen 2005. In Sachsen-Anhalt hat die SPD 2002 und 2005 alle Direktmandate bei den Bundestagswahlen gewonnen. Die SPD wiederholte 2005 ihren Wahlerfolg von 2002 und gewann alle 10 Direktmandate, wenngleich der Vorsprung in verschiedenen Wahlkreisen erheblich knapper ausfiel als 2002 und vor allem als 1998. Nach den Zweitstimmen hätten der SPD sechs Mandate in Sachsen-Anhalt zugestanden. Das Wahlergebnis sorgte dafür, dass die SPD in Sachsen-Anhalt vier ihrer insgesamt neun Überhangmandate errang und auf Bundesebene fast mit der CDU gleichzog. Im Bundestag bzw. in der Bundesspitze der Parteien sind Politikerinnen aus Sachsen-Anhalt durchaus prominent vertreten:

## **Prominente Bundespolitiker und –politikerinnen aus Sachsen-Anhalt 2006**

Cornelia Pieper MdB (FDP): stellvertretende Bundesvorsitzende (war FDP-Generalsekretärin 2001-2005), Landesvorsitzende der FDP

Undine Kurth MdB (Bündnis 90/Die Grünen): Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen

Ulrich Kasparick MdB (SPD): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium

Jens Bullerjahn MdL (SPD): stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, Vorsitzender des Forums Ostdeutschland der SPD

Klaas Hübner MdB (SPD): Sprecher des Seeheimer Kreises

Dr. Christoph Bergner MdB (CDU): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

### **1.6.1. Kandidatenauswahl: Direktkandidaten**

Einen innerparteilichen Wettbewerb um die Direktkandidatur gibt es nur bei Parteien, die eine realistische Chance auf ein Direktmandat haben.<sup>52</sup> Kleinere Parteien sind in der Regel froh, dass sie jemanden finden, der mit hohem persönlichem – d.h. auch finanziellem - Einsatz die „Ehrenkandidatur“ auf sich nimmt. Gute Erststimmen-Ergebnisse sind in allen Parteien ein wichtiger Gradmesser für die Qualität des Wahlkampfes vor Ort und damit für spätere innerparteiliche Ämter bzw. für kommende Kandidaturen. Bei den Direktkandidaturen sind Frauen stark unterrepräsentiert.

**Wahlkreis (Wk) 66 Altmark:** Zur Wahl standen sieben Direktkandidaten. Nur die Linkspartei.PDS hatte mit Katrin Kunert eine Frau zur Direktkandidatin gewählt, die dann über Platz 3 auf der Landesliste in den Bundestag einzog. Das Direktmandat gewann Marko Mühlstein (SPD), ganz knapp mit 2,1 Prozent Vorsprung vor Dr. Hans-Heinrich Jordan (CDU), der ebenfalls über die Landesliste in den Bundestag einzog.

**Wk 67 Elbe-Havel-Gebiet:** Mit der Erststimme konnten sich die Wähler zwischen sieben Kandidaten entscheiden, darunter mit Waltraud Wolff (SPD) und Andrea Remus (FDP) zwei Frauen. Frau Wolff gewann den Wahlkreis. Sie hatte sich u.a. in der Auseinandersetzung um die Hartz IV-Gesetze profiliert. Sie wurde wegen ihres Widerstandes gegen die politische Linie der Bundesregierung als stv. Sprecherin der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag abgewählt. Dagegen hatten über 300 Parteimitglieder mit ihrer Unterschrift protestiert.<sup>53</sup>

**Wk 68 Harz:** Zur Wahl standen sechs Direktkandidaten, darunter eine Frau, und zwar mit Undine Kurth MdB die heutige Parlamentarische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Den Wahlkreis gewann Andreas Steppuhn (SPD). Bei Undine Kurth „zog“ Platz 1 auf der Landesliste.

**Wk 69 Landeshauptstadt Magdeburg:** Zur Wahl standen sieben Kandidaten. Keine Partei hatte eine Frau zum Direktkandidaten nominiert. Gewählt wurde erneut der „Titelverteidiger“, Dr. Uwe Küster MdB (SPD), langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Bernd Heynemann (CDU) zog über die Landesliste in den Bundestag ein.

**Wk 70 Börde:** Acht Direktkandidaten wurden von den Parteien aufgestellt, darunter mit Dr. Rosemarie Hein MdL die langjährige PDS-Landesvorsitzende. Gewählt wurde Ulrich Kasparick MdB, heute Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium.

**Wk 71 Anhalt:** Neun Direktkandidaten standen auf dem Wahlzettel im Wahlkreis 71 Anhalt. Mit Heidemarie Ehlers hatte die Linkspartei.PDS und mit Iris Bruna hatten Bündnis 90/Die Grünen jeweils eine Frau aufgestellt. Gewählt wurde Engelbert Wistuba MdB (SPD). Ulrich Petzold (CDU) zog über Platz 4 der Landesliste in den Bundestag ein.

---

<sup>52</sup> In Magdeburg gewann der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Uwe Küster 2005 die „Vorentscheidung“ bei den SPD-Delegierten der Landeshauptstadt erst im zweiten Wahlgang gegen den stv. Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Burkhard Lischka, mit einer Stimme Vorsprung. Dr. Küster gewann dann mit großem Vorsprung das Direktmandat im Wahlkreis 69 (Magdeburg). Große Aufmerksamkeit wurde dem CDU-internen Wettbewerb um ... (Beckmann-Dirkes).

<sup>53</sup> Vgl. Heinz-Josef Sprengkamp: Montagsdemonstrationen. Keimzelle einer neuen sozialen Bewegung?, in: Praxis Politik 2/2005, S. 44.

**Wk 72 Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis:** Klaas Hübner hieß der Wahlsieger im Wahlkreis 72, u.a. gegen die Mitbewerberinnen Inés Brock (Bündnis 90/Die Grünen, Landesvorsitzende), Carola Holz (NPD) und Ina Korntreff (MLPD). Jan Korte kam über Platz 2 auf der Landesliste der Linkspartei.PDS in den Bundestag.

**Wk 73 Halle:** Der Wahlkreis 73 war am prominentesten besetzt, denn es kandidierten gleich vier Bundestagsabgeordnete, Christel Riemann-Hanewinkel, damals Parlamentarische Staatssekretärin, Dr. Christoph Bergner (CDU, Ministerpräsident am Ende der 1. Legislatur, dann Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt), Cornelia Pieper (FDP, damals noch Generalsekretärin der FDP, heute stv. Bundesvorsitzende) und Dr. Petra Sitte MdL, langjährige PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag,. Da zusätzlich auch die NPD mit Andrea Machleid eine Frau als Direktkandidatin aufstellte, betrug der Frauenanteil unter den Direktkandidaten 50 Prozent.

Als Direktkandidat wurde Christel Riemann-Hanewinkel gewählt, die auch auf Platz 1 der Landesliste platziert war. Über Platz 1 der Landesliste zogen jeweils Dr. Christoph Bergner, Dr. Petra Sitte und Cornelia Pieper in den Bundestag ein.

**Wk 74 Burgenlandkreis:** Sieben Direktkandidaten: Hier kandidierte keine Frau. Den Wahlkreis gewann Maik Raichel (SPD). Für Roland Claus (Linkspartei.PDS) reichte Platz 4 auf der Landesliste zum Einzug in den Bundestag.

**Wk 75 Mansfelder Land:** Mit Silvia Schmidt MdB gewann eine Frau den Wahlkreis gegen sechs Mitbewerber, unter ihnen zwei Frauen. Uda Heller MdB, die für die CDU antrat, erhielt 4,7% weniger Erststimmen als Silvia Schmidt und zog über Platz 2 auf der Landesliste in den Bundestag ein.

#### Kandidatenauswahl bei der Bundestagswahl 2005 in den zehn Wahlkreisen des Landes Sachsen-Anhalt (Erststimme)

Partei	Direktkandidaten	Männer	Frauen	Frauenanteil bei Direktkandidaten in Prozent	MdBs aus Sachsen-Anhalt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
SPD	10	7	3	30	10	3	30
CDU	10	9	1	10	5	1	20
Die Linke	10	6	4	40	5	3	60
FDP	10	8	2	20	2	1	50
Bündnis 90/ Die Grünen	10	7	3	30	1	1	100
NPD	10	7	3	30	-	-	-
Offensive D	6	6	0	0	-	-	-
MLPD	4	3	1	25	-	-	-
PBC	1	1	0	0	-	-	-
Einzelbewerber	4	4	0	0	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>75</b>	<b>58</b>	<b>17</b>	<b>22,7</b>	<b>23</b>	<b>9</b>	<b>39,1</b>

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Hrsg.: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Sachsen-Anhalt am 18. September 2005. Endgültige Ergebnisse, Halle 2005, S. 9.

Hinweis: Alle SPD-Direktkandidaten in Sachsen-Anhalt wurden direkt gewählt, alle anderen Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt kamen über die Landesliste ins Parlament.

**Kandidatenauswahl bei der Bundestagswahl 2005 in Deutschland insgesamt  
(Direktkandidaten)**

Partei	Direktkandidaten	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
SPD	299	104	34,8
CDU	254	46	18,1
CSU	45	7	15,5
Die Linke	290	66	22,8
FDP	299	53	17,7
Grüne	297	100	33,7
NPD	295	19	6,4
Die Frauen	1	1	100
andere	282	45	15,9
<b>insgesamt</b>	<b>2 062</b>	<b>441</b>	<b>21,4</b>

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Hrsg.: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Sachsen-Anhalt am 18. September 2005. Endgültige Ergebnisse, Halle 2005, S. 10.

**1.6.2. Kandidatenauswahl: Landesliste**

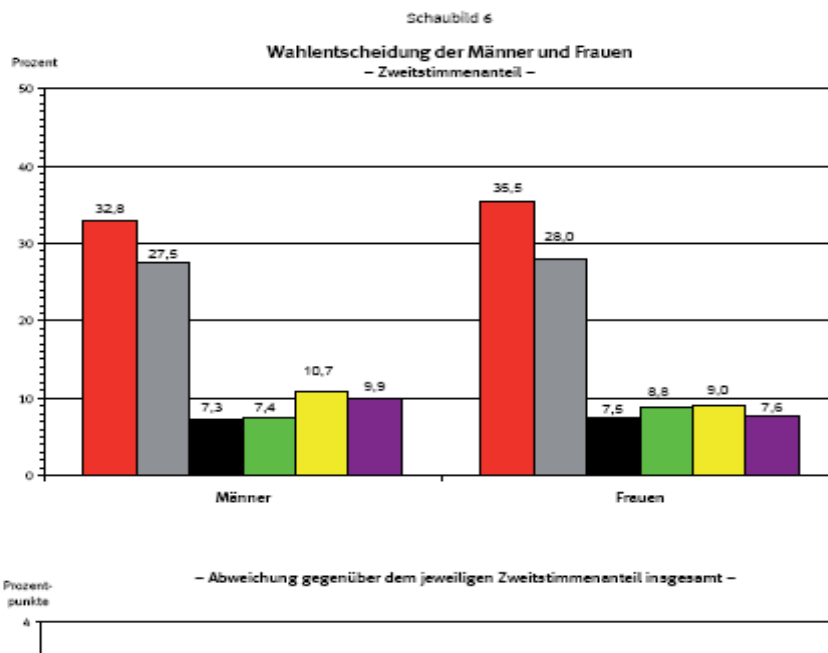
**Die ersten 10 Plätze auf den Landeslisten der Parteien in Sachsen-Anhalt zur Bundestagswahl 2005**

	SPD	CDU	Linkspartei. PDS	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	NPD
<b>Landesliste</b>	<b>1. Christel Riemann-Hanewinkel</b> 2. Klaas Hübner <b>3. Waltraud Wolff</b> 4. Ulrich Kasparick 5. Marko Mühlstein 6. Engelbert Wistuba <b>7. Silvia Schmidt</b> 8. Andreas Steppuhn <b>9. Katja Pähle</b> 10. Dr. Uwe Küster	1. Dr. Christoph Bergner <b>2. Uda Heller</b> 3. Bernd Heynemann 4. Ulrich Petzold 5. Hans-Heinrich Jordan 6. Markus Gorges 7. Dieter Stier 8. Norbert Beckmann-Dierkes 9. Thomas Wachtmann 10. Martin Warlies	<b>1. Dr. Petra Sitte</b> 2. Jan Korte <b>3. Katrin Kunert</b> 4. Roland Claus <b>5. Elke Reinke</b> 6. Veit Kuhr <b>7. Dr. Rosemarie Hein</b> 8. Dr. Uwe-Jens Rössel <b>9. Heidemarie Ehlert</b> 10. Hans-Werner Brüning	<b>1. Cornelia Pieper</b> 2. Jens Ackermann 3. Holger Franke 4. Carl-Stefan Wentzel <b>5. Andrea Remus</b> 6. Hans-Dieter Walter 7. Jens-Uwe Droese	<b>1. Undine Kurth</b> 2. Dietmar Wehrich <b>3. Inés Brock</b> 4. Ernst-Paul Dörfler 5. Sebastian Striegel 6. Gunter Walther	1. Ingmar Knop 2. Andreas Karl 3. Andreas Kittner <b>4. Carola Holz</b> 5. Steffen Hartmann 6. Volkmar Neugebauer <b>7. Judith Rothe</b> <b>8. Andrea Machleid</b> 9. Lutz Battke 10. Henry Kurt Lippold
<b>Frauenanteil</b>	40%	10%	50%	28,6%	33,3%	30%

Quelle: Bundeswahlleiter ([www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)) und Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt ([www.stala.sachsen-anhalt.de](http://www.stala.sachsen-anhalt.de)). Die Auflistung konzentriert sich auf diejenigen Parteien, die in allen 10 Bundestagswahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt hatten. Die FDP und Bündnis 90/Die Grünen vergaben nur die ersten 7 bzw. 6 Plätze auf ihren Landeslisten.



Pressegespräch am 2. Februar 2006 in Berlin  
„Wahl zum 16. Deutschen Bundestag –  
Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik“



#### 1.6.4. Wahlziele der Parteien und Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 2005 in Sachsen-Anhalt aus der Perspektive der Frauenpartizipation

Der Anteil der Frauen unter den Direktkandidaten lag bei der Bundestagswahl etwas über dem Bundesdurchschnitt. Den höchsten Frauenanteil verzeichneten Linkspartei.PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, also die Parteien, die auch auf der rechten Spalte des Wahlzettels (Parteiliste) über Quoten einen hohen Frauenanteil gewährleisten. Besonders niedrig war der Frauenanteil unter den NPD-Kandidaten.

Auch bei den Parteien mit paritätischer Quotierung werden bei den Direktmandaten, die nicht quotiert sind, die „Listenquoten“ nicht erreicht. Immerhin: Bei allen im Bundestag vertretenen Parteien sind Frauen auf den ersten bzw. auf vorderen Listenplätzen platziert. Der Frauenanteil bei den Mitgliedern des Bundestages, die aus Sachsen-Anhalt kommen, ist hoch (über 39%).

**CDU:** Die CDU stellte mit **Angela Merkel erstmals eine Frau als Spitzenkandidatin** auf. Die Partei wollte zusammen mit der CSU die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden und zusammen mit der FDP eine Regierungskoalition bilden.

**Nur eine der zehn Direktkandidaten war ein Frau und nur einer der zehn ersten Plätze auf der Landesliste wurde durch eine Frau belegt:** Uda Heller, prominent abgesichert auf **Platz 2 der Landesliste**, zog wieder in den Bundestag ein. Sie ist ...

Der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion von CDU/CSU beträgt 20.3%, er unterschreitet damit den Frauenanteil in der Mitgliedschaft

CDU und CSU erzielten bei den Männern mit 34,8% zwei Prozentpunkte mehr als die SPD. Das beste Zweitstimmenergebnis hatten die Unionsparteien mit 43,8% bei den über 60-jährigen Frauen, das schlechteste bei den Männern der jüngsten Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren (26,3%). Das

beste Erststimmenergebnis wurde mit 49,0% bei den über 60-jährigen Männern erreicht, das schlechteste bei den Frauen zwischen 18 und 24 Jahren (31,3%).

**SPD:** Die SPD wollte ihren Spitzenkandidaten, **Bundeskanzler Gerhard Schröder**, im Amt bestätigt sehen. Sie zog ohne Koalitionsaussage in die Bundestagswahl. Die SPD erzielte ein besseres Ergebnis als erwartet, vor allem bedingt durch vier Überhangmandate aus Sachsen-Anhalt, wo die Partei **alle Direktmandate gewann, drei davon durch Frauen. Mit Christel Riemann-Hanewinkel war zudem eine Frau auf Platz 1 der Landesliste nominiert, hinzu kamen weitere drei Frauen unter den ersten zehn Plätzen der Landesliste.** Die Partei verzeichnet **bundesweit den höchsten Anteil von Frauen bei den Direktkandidaturen (34,8%)**. In Sachsen-Anhalt hat nur die Linkspartei.PDS eine Direktkandidatin mehr aufzuweisen. Der Frauenanteil in der SPD-Bundestagsfraktion beträgt 35,6%, erreicht nicht ganz die 40%-Quote, übertrifft aber den Frauenanteil in der Mitgliedschaft.

Bei den Frauen lag die SPD mit 35,5% gleichauf mit den Unionsparteien. Die SPD erreichte – wie bei der Bundestagswahl 2002 – wieder ihr bestes Zweitstimmenergebnis bei den weiblichen Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren, und zwar mit 38,5%; ihr schlechtestes bei den Männern der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren (30,7%). Das beste Erststimmenergebnis erzielte die SPD mit 42,8% ebenfalls bei den Jungwählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren, ihr schlechtestes bei den Männern zwischen 25 und 34 Jahren sowie bei den über 60-jährigen Männern (jeweils 35,5%).

**Linkspartei.PDS:** Die Linkspartei.PDS setzte auf die Karte Opposition und die „Listengemeinschaft“ mit der WASG; sie zog mit dem „**Spitzenduo**“ **Gregor Gysi und Oskar Lafontaine** in den Bundestagswahlkampf. **Vier der zehn Direktkandidaten in Sachsen-Anhalt waren Frauen**, drei davon zogen über die Liste in den Bundestag ein. **Petra Sitte, die Nr. 1 auf der Landesliste** kann auf langjährige politische Erfahrungen als Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt zurückblicken.

Der **Frauenanteil in der Bundestagsfraktion „Die Linke“ beträgt 46,3%** und spiegelt den hohen Frauenanteil in der Mitgliedschaft wider.

Noch stärker als bei den Landtagswahlen 2006 zeigte sich bei der Linkspartei.PDS ein geschlechtsspezifisches Wahlverhalten, denn während die Partei von fast 10 Prozent der Männer gewählt wurden, gaben ihr nur 7,6 Prozent der Frauen ihre Zweitstimme.

**FDP:** Die FDP wollte mit **Spitzenkandidat Guido Westerwelle** in eine CDU-geführte Bundesregierung eintreten. In Sachsen-Anhalt besetzte die Landesvorsitzende **Cornelia Pieper Platz 1 der Landesliste** und stellte insgesamt **zwei Direktkandidatinnen** auf. Die Landesliste umfasste sieben Positionen, von denen zwei von Frauen besetzt wurden. Durch das Landeswahlergebnis von 8,0 Prozent zogen zwei FDP-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt in den Bundestag ein, Cornelia Pieper und Jens Ackermann.

Der **Frauenanteil in der FDP Bundestagsfraktion** ist etwas höher als in der Mitgliedschaft: Er beträgt **24,6%**.

Bei den Zweitstimmen verzeichnete die FDP einen klaren „Männerüberhang“, denn 10,7% der Männer, aber nur 9,0% gaben der Partei ihre Zweitstimme.

**Bündnis 90/Grüne:** Die Bündnisgrünen, sonst streng an der Geschlechterparität orientiert, hatten diesmal mit Joschka Fischer den Bundesaußenminister und „heimlichen Parteichef“ als Spitzenkandidaten ausgerufen. In Sachsen-Anhalt gewann **Undine Kurth Platz 1 der Landesliste**, der dann auch zum Wiedereinzug in den Bundestag berechtigte. **Drei von zehn Direktkandidaten** der Partei in Sachsen-Anhalt waren Frauen.

Der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen beträgt 56,9%, das ist der höchste Frauenanteil im Vergleich der Fraktionen im Bundestag.

Bündnis 90/Die Grünen verzeichnen ebenfalls ein geschlechtsspezifisches Wahlverhalten unter ihren Anhängern: Sie wurden von 8,8% der Frauen und 7,4% der Männer gewählt (Zweitstimme).

Die Europäische Union ist der Gleichstellung von Mann und Frau besonders verpflichtet. In der Grundrechtecharta der Europäischen Union heißt es in Artikel 23, Abs. 1: „Die Gleichheit von Frauen und Männern ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen.“ Das Europäische Parlament hat einen eigenen Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Deutschen sind mit der europäischen Demokratie unzufriedener als der europaweite Durchschnitt.<sup>54</sup> „Ich glaube nicht, dass Europa Desinteresse bei den Bürgern auslöst. Doch gelegentliche Erscheinungen der europäischen Politik rufen Desinteresse und sogar entschiedene Ablehnung hervor. Dazu mag beitragen, dass Dinge, die bei uns vermurkst werden, gerne Europa angelastet werden, wie beim bürokratischen Antidiskriminierungsgesetz.“ (Guido Westerwelle). Besonders niedrig – ja sogar so niedrig, wie in keinem anderen Land - ist die Zustimmung zu Europa in Ostdeutschland. Nur 24% der Ostdeutschen und 37% der Westdeutschen haben das Gefühl, dass ihre Stimme in Europa zählt.<sup>55</sup> Entsprechend gering ist die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen, die in Sachsen-Anhalt 2004 auf den historischen Tiefpunkt von 42,0% der Wahlberechtigung fiel (1999: 49,5%).<sup>56</sup> Die „Parallel-Plakatierung“ von Europa- und Kommunalwahlkandidaten ist durchaus problematisch zu sehen. An Wahlkampfständen etwa wurde z.B. häufiger nach der „Magdeburger Kandidatin Silvana Koch-Mehrin“ gefragt – dabei war dies die auf Groß- und auf Kleinplakaten präsentierte Spitzenkandidatin der FDP bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Frauen als Spitzenkandidatinnen gingen auch für Bündnis 90/Die Grünen und für die Linkspartei.PDS ins Rennen.

#### **Frauen im Europäischen Parlament (2006), die in Deutschland gewählt wurden**

<b>Partei</b>	<b>Wahlergebnis in Prozent</b>	<b>Abgeordnete im Europäischen Parlament</b>	<b>davon Frauen</b>	<b>Frauenanteil in Prozent</b>
<b>CDU</b>	36,5	40	8	20,0
<b>CSU</b>	8,0	9	3	33,3
<b>SPD</b>	21,5	23	9	39,1
<b>Bündnis90/Grüne</b>	6,1	7	4	57,1
<b>Linkspartei.PDS</b>	11,9	13	7	53,8
<b>FDP</b>	6,1	7	1	14,3

#### **Bewerber bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in Deutschland 2004**

<b>Partei</b>	<b>Zahl der Bewerber</b>	<b>Darunter Frauen</b>	<b>Frauenanteil in Prozent</b>	<b>Frauen als MdEP</b>
<b>CDU</b>	171	57	21,1	8
<b>CSU</b>	39	14	35,6	3
<b>SPD</b>	97	36	37,1	9
<b>Bündnis90/Grüne</b>	25	13	52,0	7
<b>Linkspartei.PDS</b>	14	7	50,0	4
<b>FDP</b>	167	35	20,9	1

Quelle: Pressemitteilung des Bundeswahlleiters vom 6.5.2004.

<sup>54</sup> Dazu Guido Westerwelle, FDP-Vorsitzender und Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion: „Ich glaube nicht, dass Europa Desinteresse bei den Bürgern auslöst. Doch gelegentliche Erscheinungen der europäischen Politik rufen Desinteresse und sogar entschiedene Ablehnung hervor. Dazu mag beitragen, dass Dinge, die bei uns vermurkst werden, gerne Europa angelastet werden, wie beim bürokratischen Antidiskriminierungsgesetz.“, Interview in der Frankfurter Rundschau, 15.1.2007.

<sup>55</sup> Eurobarometer 2006, siehe [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb65/eb65\\_de\\_nat.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de_nat.pdf)

<sup>56</sup> Vgl. [http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/europawahl2004/ergebnisse/landesergebnisse/le\\_tabelle\\_15.html](http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/europawahl2004/ergebnisse/landesergebnisse/le_tabelle_15.html)

Aus der Sicht von Sachsen-Anhalt bleibt festzuhalten, dass nur Ulrich Stockmann von der SPD und CDU-Listenführer Schnellhardt nach der Europawahl ein ins Europäische Parlament einzogen. Auf der Landesliste für das Land Sachsen-Anhalt (fünf Bewerber) kandidierten Frauen auf Platz 2 (Alexandra Mehnert) und Platz 3 (Eva-Maria Wybrands MdL), allerdings „zog“ nur der Spitzenplatz auf der Landesliste. Die Bundesliste der SPD verzeichnet vier Frauen unter den ersten zehn Listenplätzen; insgesamt zogen sogar neun Frauen über die SPD-Liste in das Europäische Parlament ein. Noch höher noch lag der prozentuale Frauenanteil bei Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei.PDS, die die Wahllisten alternierend und jeweils mit einer Spitzenkandidatin besetzt hatten. Auch die FDP stellte eine Frau auf Platz 1 der Bundesliste, die nächsten Kandidatinnen auf der Bundesliste rangierten jedoch erst auf Rang 11, 13 und 31 – chancenlose Plätze, da nur die ersten sieben Kandidaten auf der Liste bei der FDP den Einzug in das Europäische Parlament schafften.<sup>57</sup>

---

<sup>57</sup> Daten zusammengestellt auf der Grundlage der Website des Bundeswahlleiters  
[http://www.bundeswahlleiter.de/europawahl2004/wahlbewerber/wahlbewerber\\_index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/europawahl2004/wahlbewerber/wahlbewerber_index.html).

## 2. Frauen in der Kommunalpolitik – dargestellt am Beispiel der Landeshauptstadt Magdeburg

### 2.1 Frauen im Rat

In der Kommunalpolitik „kann die Doppel- und Dreifachbelastung von Familie, Beruf und politischem Einsatz am ehesten gelingen. Auch ist hier der Erfolg direkt messbar und sichtbarer als in den Länderparlamenten oder dem Bundestag.“<sup>58</sup> Aber dort, wo Daten zur Repräsentation von Frauen in öffentlichen Ämtern auf kommunaler Ebene vorliegen, sind sie wenig erfreulich für diejenigen, die sich Gleichberechtigung der Geschlechter auf ihre Fahnen geschrieben haben. Das gilt beileibe nicht nur für Sachsen-Anhalt (siehe oben Kapitel 6.3 bis 6.5): "Keine einzige Frau ist (2004, die Verf.) unter 19 hessischen Landräten, bei den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern beträgt der Frauenanteil lediglich elf Prozent. Unter den Dezernenten in den Städten sind 23 Prozent Frauen, bei hauptamtlichen Kreisbeigeordneten 17 Prozent, bei den ehrenamtlichen 31 Prozent." Nicht besser sieht es aus bei Magistraten und Gemeindevorständen: hier sind es nur 15 Prozent Frauen.<sup>59</sup> In Bayern stellten nach Angaben des Statistischen Landesamtes 2002 Frauen bei den Bezirksräten 29,4 Prozent, bei den Stadträten 32,2 Prozent, bei den Kreisräten 22,3 Prozent und bei den Gemeinderäten 16,4 Prozent der Mandatsträger. Und in Brandenburg waren Frauen in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen nach den Kommunalwahlen am 26.10.2003 mit 209 von 936 Mandatsträgern vertreten (22,3 Prozent). Insgesamt gilt: Je größer die Gemeinde / Stadt, desto höher der Anteil der Frauen an Ratsmitgliedern.

#### Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Gemeindegröße	insgesamt	darunter Frauen	Frauenanteil in %
1.000.000 und mehr	342	118	34,5
500.000 bis 1.000.000	732	262	35,8
200.000 bis 500.000	1.526	487	31,9
100.000 bis 200.000	2.010	654	32,5
50.000 bis 100.000	4.291	1.193	27,8
20.000 bis 50.000	14.960	3.593	24,0
10.000 bis 20.000	19.485	4.149	21,3
insgesamt	43.346	10.456	24,1

Quelle: Deutscher Städtetag 2002: 95

#### Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern nach Parteien in Deutschland 2002 (in %)

	Grüne	PDS	SPD	CDU/CSU	Sonstige	FDP	Wählergruppen
100.000 und mehr	49,9	40,3	39,2	26,7	18,9	27,4	23,4
50.000 bis 100.000	42,6	35,8	32,3	24,9	21,2	17,5	20,4
20.000 bis 50.000	37,4	36,6	28,5	21,0	21,0	16,1	17,5
10.000 bis 20.000	38,5	35,0	24,7	18,3	17,1	18,2	17,1
insgesamt	40,6	36,7	28,5	20,7	18,9	18,5	17,7

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verzeichnet, dass die Zahl der Gemeinden, in deren Gemeinderäten überhaupt keine Frauen vertreten sind seit 1989 stetig zurückgegangen ist. Gegenwärtig, nach den Kommunalwahlen 2004, sind dies immerhin noch 54 von 1.100 Kommunen

<sup>58</sup> So Ina Lenke, MdL 1990-1994, MdB seit 1998, in: Landtag Niedersachsen: Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Hannover 1999, S. 30.

<sup>59</sup> Zahlen von 2004, präsentiert auf einer Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Frauenbüros 2004 von Andrea Soboth und Caroline Seifert, siehe:

<http://www.wetteraukreis.de/pressestelle2004/themen/allgemein/hfb.htm>

## Gemeinderäte ohne Frauen in Baden-Württemberg 1989 bis 2004 (absolut)

Jahr	1989	1994	1999	2004
Gemeinderäte ohne Frauen	174	84	72	54

Quelle: AKTIV 27, 1/2005: 11, Statistisches Landesamt Baden Württemberg

In Bayern stellen 2002 Frauen bei den Bezirksräten 29,4 Prozent, bei den Stadträten 32,2 Prozent, bei den Kreisräten 22,3 Prozent und bei den Gemeinderäten 16,4 Prozent. Hier bestätigt sich noch einmal, dass in kleineren Gemeinden der Frauenanteil an den Kommunalparlamenten geringer ist als in größeren (Statistisches Landesamt Bayern: 2002).

Für Brandenburg liegen Zahlen zu den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen nach den Kommunalwahlen am 26.10.2003 vor: hier waren 209 von 936 Abgeordneten weiblich, das entspricht einem Anteil von 22,3 Prozent.

In den ostdeutschen Kommunen lag der Anteil von Frauen unter den lokalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den 80er-Jahren ungefähr bei 40 Prozent (Geißel/Sauer 2001: 6). Die Daten, die die Autorinnen für die ostdeutschen Bundesländer Ende der 90er-Jahre zusammengetragen haben, bewegen sich ausnahmslos auf dem weit niedrigeren Westniveau (Geißel/Sauer 2001: 7 f.)<sup>[162]</sup> So gab es in Thüringen in den 90er-Jahren in den Stadträten nur ca. 20 Prozent Frauen (ebd.). Angesichts der relativen Einflusslosigkeit der Gemeindeparlamente in der DDR entspricht dem Verlust von Mandaten allerdings kaum ein Verlust von Einfluss (Hampele). Die Entwicklung des Anteils von weiblichen Abgeordneten in deutschen Länderparlamenten zeigt eine vergleichbar sprunghafte Entwicklung wie die im deutschen Bundestag. Sah es Mitte der 90er-Jahre so aus, als wären Frauen in Berlin und in den östlichen Bundesländern besser in den Landtagen repräsentiert als in den westlichen, so zeigt die folgende Abbildung, dass sich der Frauenanteil nun in ganz Deutschland auf durchschnittlich 33 Prozent beläuft. Es gibt also momentan keine Unterschiede im Frauenanteil zwischen den Länderparlamenten und dem Bundestag.

### Frauenanteil im Magdeburger Stadtrat 2004

Wahlvorschlag	Sitze im Stadtrat	Frauen	Frauenanteil in Prozent
<b>CDU</b>	14	0	0,0
<b>PDS</b>	17	4	23,5
<b>SPD</b>	13	2	15,4
<b>FDP</b>	4	1	25,8
<b>Bündnis90/Die Grünen</b>	4	0	0
<b>Future! Die Jugendpartei</b>	2	0	0
<b>Bfm</b>	1	0	0
<b>Tierschutzpartei</b>	1	1	100,00
<b>gesamt</b>	56	8	14,3

Zwischenzeitlich sind zwei Stadträtinnen für die CDU nachgerückt.

## 2.2. Stadtratsvorsitzende und Kreistagsvorsitzende

Es passt zum Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen 2004 in Magdeburg, dass mit Regina Frömert die Kandidatin der Linkspartei.PDS, der stärksten Fraktion im Stadtrat, für das Amt des Stadtratsvorsitzenden in zwei Wahlgängen durchfiel. Mit Jens Ansorge (CDU) und seinen Stellvertretern Dr. Jürgen Hildebrand (Linkspartei.PDS) und Martin Danicke (SPD) wurden auch hier Männer in ein wichtiges Amt hinein gewählt, deren Inhaber die Sitzungsleitung und Repräsentationspflichten übernehmen.

Auch was den Vorsitz in den Kreistagen des Landes Sachsen-Anhalt angeht, sind Frauen die Ausnahme. Hervorzuheben ist der Kreistag des Ohrekreis, wo die CDU eine Frau zur Kreistagsvorsitzenden gewählt hat und wo zugleich eine Fraktionsvorsitzende amtiert. Besonders gering ist der Frauenanteil unter den Kandidaten zur Landratswahl. Für dieses einflussreiche Amt kandidierten bei der letzten Direktwahl insgesamt 101 Personen, darunter nur 13 Frauen. Die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten in den einzelnen Landkreise schwankt zwischen drei und elf; in der Regel stellen nur die großen Parteien (CDU, SPD und Linkspartei.PDS) in jedem Wahlkreis einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin auf.

## 2.3. Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzende sind auch in den größten Städten des Landes keine hauptberuflichen Politiker.<sup>60</sup> Bei ihnen laufen viele politische Fäden zusammen, nicht nur im Bereich der engeren Stadtratsarbeit, wo die Unterschrift des Fraktionsvorsitzenden viele Anträge „ziert“, sondern auch in der alltäglichen Parteiarbeit. Sie sind in der Regel – das lässt sich am Beispiel des Magdeburger Linkspartei.PDS-Fraktionsvorsitzenden Hans-Werner Brüning zeigen – langjährig im Amt und zusätzlich „geborene“ Kandidaten für „höhere“ Ämter. Das gilt in abgeschwächter Form auch für das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. In Magdeburg ist in der 5. Legislatur keine Frau in das Amt der Fraktionsvorsitzenden gewählt worden.

### Politische Ämter und Kandidaturen von Fraktionsvorsitzenden im Magdeburger Stadtrat

Fraktion	Fraktionsvorsitzender 2006	Weitere Ämter und Funktionen des Fraktionsvorsitzenden	Oberbürgermeisterwahl 2001	Landtagswahl 2002	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005	Landtagswahl 2006
CDU	<b>Reinhard Stern</b>		OB-Kandidat	-	-	-	-
Linkspartei.PDS	<b>Hans-Werner Brüning</b>	Mitherausgeber und Redakteur der Wochenzeitung der Linkspartei.PDS	OB-Kandidat	Direktkandidat	Direktkandidat	Direktkandidat	-
SPD <sup>61</sup>	<b>Rainer Löhr</b>		-	-	-	-	-
FDP	<b>Holger Franke</b>	Stv. FDP-Kreisvorsitzender, stv. Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Nord	-	Direktkandidat	Direktkandidat	Direktkandidat	-

<sup>60</sup> Es gibt Ausnahmen, z.B. Hans-Werner Brüning, Stadtrat mit dem besten Stimmenergebnis aller Kandidatinnen und Kandidaten bei der Kommunalwahl 2004 in Magdeburg, ist hauptamtlicher Regionalmitarbeiter der Linkspartei.PDS.

<sup>61</sup> Bei der SPD avancierte der stv. Fraktionsvorsitzende Burkhard Lischka (Geschäftsführer der Notarkammer) 2006 zum Staatssekretär im Justizministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Fraktionsgeschäftsführer ... Neumann ging ...

Bündnis 90/Grüne	<b>Alfred Westphal</b>		-	Direktkan didat	-	-	Direktkand idat
---------------------	----------------------------	--	---	--------------------	---	---	--------------------

Mit Beate Wübbenhorst hat zumindest die SPD-Fraktion eine Frau zur stv. Fraktionsvorsitzenden gewählt, die auch dem wichtigen Verwaltungsausschuss angehört, der ansonsten die Domäne der Fraktionsvorsitzenden ist.

#### Ämter und Kandidaturen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Magdeburger Stadtrat

Fraktion	Amtsinhaber 2006	Weitere Ämter, Funktionen und Kandidaturen des stv. Fraktionsvorsitzenden
CDU	Wigbert Schwenke MdL Gunter Schindehütte	... Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport
Linkspartei .PDS	Oliver Müller <b>Regina Frömert</b>	Direktkandidat bei den Landtagswahlen 2006
SPD <sup>62</sup>	Burkhard Lischka <b>Beate Wübbenhorst</b>	Ersatzkandidatin bei den Landtagswahlen 2002
FDP	Carsten Klein	Fraktionsgeschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion
Bündnis 90/Grüne	Sören Herbst	Direktkandidat bei den Landtagswahlen 2002 und 2006 sowie bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005

#### 2.4. Fraktionsgeschäftsführer – Manager des Stadtrates<sup>63</sup>

Die in den größeren Städten von hauptamtlichen Fraktionsgeschäftsführern geleiteten Büros sind wichtige Ansprechpartner für die Bürger (Telefonkontakte, Vorbereitung und Nacharbeit der Bürgersprechstunden der Stadträte durch Anfragen und Anträge im Stadtrat bzw. in den Ausschüssen des Stadtrates). Fraktionsgeschäftsführer sind auch mitentscheidend für die Außendarstellung der Partei während der Legislatur (z.B. durch kontinuierliche Pressearbeit und die Pflege des Internetauftritts der Fraktion). Sie treten jedoch als Autor von Pressemitteilungen in der Regel nicht in Erscheinung, sondern überlassen dies den Ratsmitgliedern.<sup>64</sup> Die Fraktionsgeschäftsführer sind für die alltägliche Arbeit der Stadtratsfraktionen das entscheidende Scharnier. Sie sind als Angestellte der Stadt beschäftigt, werden aber von den Fraktionen eingestellt. Sie wirken vor allem im Hintergrund, verhandeln mit der Stadtverwaltung und den Kollegen der anderen Fraktionen über Anträge und Anfragen, bereiten die wöchentlichen Fraktionssitzungen und weitere Veranstaltungen vor und nach (Protokoll), begleiten bzw. steuern die Pressearbeit der Fraktion und deren Bürgerkontakte (durch auswärtige Fraktionssitzungen, Bürgersprechstunden, Stadtteilrundgänge etc.). In der strategisch wichtigen Funktion der Geschäftsführer, die meist auch an andere Stelle wichtige Parteiämter wahrnehmen, ist der Einfluss der Frauen in der Kommunalpolitik in Magdeburg am höchsten. Sie wirken aber gewissermaßen qua Amt „im Verborgenen“, weil ihre Arbeit von den Ratsmitgliedern, insbesondere den Vorsitzenden der Fraktionen, nach außen „verkauft“ wird.

#### Geschäftsführer der im Magdeburger Stadtrat vertretenen Fraktionen (Stand: Dezember 2006)

Fraktion im Stadtrat	Fraktionsgeschäftsführer/in	Weitere Ämter und Kandidaturen
<b>CDU</b>	Reinhard Gurcke	
<b>Linkspartei.PDS</b>	<b>Regina Frömert</b> , Stadträtin	Stv. Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS im Magdeburger Stadtrat
<b>SPD</b>	Anja Naumann	
<b>FDP</b>	<b>Dagmar Bremer</b>	Mitglied im FDP-Kreisvorstand, Schriftführerin
<b>Bündnis 90/Grüne</b>	Eva Maria Schulz	Kandidierte auf Platz 7 der Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen bei den Landtagswahlen 2006
<b>future! – die jugendpartei</b>	Michael Stage	Kandidierte auf Platz 1 der Landesliste von future! bei den Landtagswahlen 2006
<b>Bund für Magdeburg / Tierschutzpartei</b>	Dieter Geske	
<b>Frauenanteil</b>	57,1% (4 von 7)	

<sup>62</sup> Bei der SPD avancierte der stv. Fraktionsvorsitzende Burkhard Lischka (Geschäftsführer der Notarkammer) 2006 zum Staatssekretär im Justizministerium des Landes Sachsen-Anhalt, behielt sein Amt als Stadtrat aber bei.

<sup>63</sup> Vergleichbar ist diese Stelle mit der der Parlamentarischen Geschäftsführer in Bundestag und Landtag; siehe dazu auch die Studie von Sönke Petersen: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktion, Arbeitsweise, Opladen 2000.

## 2.5. Ausschüsse, sachkundige Bürger, Aufsichtsräte, Gesellschafterversammlungen

Die tatsächliche Beteiligung von Frauen an der Stadtratsarbeit kann man jedoch erst dann vollständig bewerten, wenn man auch einen Blick auf die praktische Arbeit des Stadtrates in den Ausschüssen und in weiteren Gremien wirft. Spiegelt sich hier die mangelnde Parität im Stadtrat insgesamt oder haben die Fraktionen im Stadtrat hier Akzente mit Blick auf mehr Frauenbeteiligung gesetzt?

### 2.5.1. Ausschussbesetzung

Die Ausschussbesetzung ist Sache der Fraktionen, die – entsprechend den aus der Gemeindeordnung ableitbaren Auszählungs- und Zugriffsregeln – ihre Vertreter im jeweiligen Ausschuss benennen. In den Ausschüssen des Magdeburger Stadtrates, die die Arbeit des Magdeburger Stadtrates vorbereiten und zum Teil – wie der Jugendhilfeausschuss – selbstständig Entscheidungen treffen können, sind Frauen als Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende in den Bereichen Soziales und Kultur eingebunden:

Der Frauenanteil bei den Ausschussmitgliedern liegt in wichtigen Bereichen wie Stadtentwicklung, Bildung, Vergabe, Wirtschaftsförderung oder Energie nur zwischen 10 und 15 Prozent, im Durchschnitt sind Frauen noch weniger repräsentiert als im Stadtrat allgemein. Das gilt im Übrigen auch für die Vertretung des Stadtrates in Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen.<sup>65</sup>

<b>Ausschuss<sup>66</sup></b>	<b>Vorsitzende</b>	<b>1. Stellvertreter/ in<sup>67</sup></b>	<b>Anzahl der ord. Mitglieder</b>	<b>davon Frauen</b>	<b>Frauenanteil in Prozent</b>
<b>Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</b>			9	1	11,1
<b>Bildung, Schule und Sport</b>			7	1	14,3
<b>Familie und Gleichstellung</b>	Dagmar Huhn (SPD)	Regina Frömert (Linkspartei.PD S)	7	4	57,1
<b>Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten</b>		-	7	0	0
<b>Rechnungsprüfung und Teiligungscontrolling</b>	Jana Bork (Linkspartei. PDS)	-	7	2	28,6
<b>Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik</b>			7	1	14,3
<b>Umwelt und Energie</b>			7	1	14,3
<b>Betriebsausschuss Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb</b>		Eva Bromberg	9	2	22,2

<sup>65</sup> Vgl. [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de), Bürger und Verwaltung, detaillierte Aufstellung im Bereich Ratsinformationssystem/Stadtrat.

<sup>66</sup> Die Vorsitzenden und 1. Stellvertreter der Betriebsausschüsse und der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses werden von der Verwaltung bestellt.

<sup>67</sup> - = Das Amt des 1. Stellvertreters wurde nicht vergeben.

<b>Betriebsausschuss Stadtgarten und Friedhöfe</b>			8	0	0
<b>Betriebsausschuss Städtische Seniorenwohnanlagen und Pflegeheime</b>	Beate Bröcker <sup>68</sup>	Simone Borris	10	5	50
<b>Betriebsausschuss Städtisches Klinikum</b>	Beate Bröcker <sup>69</sup>	-	8	2	25
<b>Betriebsausschuss Zoo</b>		Eva Bromberg	8	1	12,5
<b>Finanz- und Grundstücksausschuss</b>		Karin Meinecke (Linkspartei.PD S)	9	2	22,2
<b>Gesundheit und Soziales</b>			7	0	0
<b>Kultur</b>	Karin Meinecke (Linkspartei. PDS)		7	1	14,3
<b>Jugendhilfe</b>	Beate Wübbenhorst (SPD)	-	34	17	50
<b>Umlegungsausschuss</b>		-	14	2	14,3
<b>Vergabeausschuss</b>			9	1	11,1
<b>Verwaltungsausschuss</b>			13	1	7,7
<b>Gesamt (19)</b>	6 (31,6%)	5 (35,7%)	187	44	23,5

## 2.5. Beigeordnete

„Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt verfügt leider nicht über eine Statistik bezüglich des Frauenanteils bei den kommunalen Hauptverwaltungsbeamten der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften.“<sup>70</sup> Aber der Blick auf die größeren Städte des Landes zeigt, dass in kommunalen Spitzenämtern mit besonderer fachlicher Zuständigkeit das Muster gilt: "Je höher der Dienst, desto weniger Frauen".<sup>71</sup> Hier zeigt sich dasselbe Bild wie auf Landesebene. Frauen sind im Sozialressort „zuhause“ (so in Magdeburg und Halle), die Ressorts Finanzen, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr sind „Männersache“. Die Parteipolitisierung der öffentlichen Verwaltung hat dazu geführt, dass die meisten Beigeordneten ein Parteibuch haben.

<sup>68</sup> Vorsitzende qua Amt als Beigeordnete für Soziales

<sup>69</sup> Vorsitzende qua Amt als Beigeordnete für Soziales

<sup>70</sup> Mail von Cornelia Boy-Liebenehm, Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA), an die Verfasser vom 3.11.2006.

<sup>71</sup> Vgl. dazu die Zahlen bei Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

## 2.6. Gemeinwesen-Arbeitsgruppen (GWA)

Kommunalpolitik ist nicht nur eine Sache des Stadtrates oder der Ortschaftsräte. Politisches Engagement findet in Magdeburg in zahlreichen Gemeinwesen-Arbeitsgruppen statt, die allerdings z.T. von Parteivertretern geleitet werden (z.B. in Magdeburg Ende 2006 die GWA Stadtfeld durch Stadtrat Canehl, SPD) und GWA Neue Neustadt durch Stadtrat Wolfgang Wähnelt, Bündnis 90/Die Grünen). Die GWA werden von der Stadtverwaltung koordiniert oder zumindest begleitet. Sie sind durchaus unterschiedlich besetzt, neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern finden sich hier Vertreter

- der Stadtverwaltung (insbesondere des Stadtplanungsamtes)
- der wichtigsten sozialen und Bildungseinrichtungen (Schule, Hort, Kindertagesstätte)
- der Polizei
- der Fraktionen im Stadtrat

zusammen. Die GWA sind wichtige Ansprechpartner für Anliegen im Stadtteil. Sie verfügen über ein kleines Budget. Teilweise werden hier Probleme aufgeworfen, die dann über den Stadtrat einer Lösung zugeführt werden. Die GWA-Sitzungen finden etwa alle 6-8 Wochen statt. Ähnlich wie bei den sachkundigen Bürgern sind Frauen in den GWA gut vertreten. Kein Wunder: Hier geht es häufig um kleinteilige, konkrete Lösungen im Sinne der Bürger.

## 2.7. Wahrnehmung partizipativer Möglichkeiten der Gemeindeordnung

Die Erfahrungen der Wendejahre haben in allen neuen Ländern dazu geführt, dass Anfang der 90er-Jahre direktdemokratische Verfahren wie Bürgerbegehren, Bürgerantrag und Bürgerentscheid Eingang fanden in die neuen Kommunalverfassungen und – zusammen mit den Regelungen aus Bayern und Baden-Württemberg - zum Vorbild für viele westdeutsche Länder wurden.

### 2.7.1. Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen sind nicht fest institutionalisierte Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements. „Sie sind spontane, häufig zeitlich begrenzte, relativ lose Zusammenschlüsse von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die sich meist von öffentlichen Planungsvorhaben, Entscheidungen oder anderen Maßnahmen der Verwaltung bzw. von öffentlichen Missständen in ihrem Umfeld betroffen fühlen und sich teils durch Selbsthilfe, teils durch Ausübung politischen Druckes um Abhilfe ... bemühen.“<sup>72</sup>

Bürgerinitiativen werden von der Mehrheit der Bevölkerung positiv eingeschätzt, Mitglieder sind jedoch nur ca. 1,3-3 Prozent der Bevölkerung – noch weniger als in den Parteien. Jedoch bis zu 43 Prozent der Bevölkerung sind evtl. bereit, in einer solchen Initiative mitzumachen.<sup>73</sup> Einige Bürgerinitiativen in Magdeburg, so z.B. „Pro Elbe“ (Angela Stephan), haben Frauen als Hauptansprechpartner bzw. Vorsitzende benannt. Eine vollständige Übersicht über die Bürgerinitiativen und in weitesten Vereinen in der Landeshauptstadt muss einer späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Aktuelle Umfragedaten aus Sachsen-Anhalt deuten darauf hin, dass

- das Engagement von Frauen in Bürgerinitiativen rückläufig ist
- Frauen sich zunehmend stärker in Parteien, Gewerkschaften und Vereinen engagieren und dort z.T. (Gewerkschaften) stärker präsent sind als Männer.

## 2.8. Engagement im Ehrenamt

### *Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen in Sachsen-Anhalt, Vergleich 2002, 2003 und 2006 (Angaben in Prozent)*

Mitgliedschaft in (Angaben in Prozent)	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	r	n	r	n	r	n
	2002		2003		2006	

<sup>72</sup> Vgl. Joachim Detjen: Demokratie in der Gemeinde, Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen, Hannover 2000, S. 190. Eine vergleichbare Studie für Sachsen-Anhalt liegt nicht vor.

<sup>73</sup> Vgl. Roland Roth: Lokale Demokratie „von unten“. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik, in: derselbe und Hellmut Wollmann: Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, 2. Auflage, Bonn 1998, S. 6-9.

<b>Gewerkschaft</b>	13,8	17,1	18,1	15,5	19,3	15,8
<b>Musik / Gesangverein</b>	5,3	5,5	3,9	1,5	2,2	4,5
<b>Sportverein</b>	14,1	20,6	21,3	27,1	26,7	31,8
<b>Bürgerinitiative</b>	1,8	2,1	1,5	2,6	1,0	3,1
<b>Frauenverband/-verein</b>	1,8	2,1	2,8	0,0	0,0	0,2
<b>Umweltschutzorganisationen</b>	1,8	0,6	1,7	1,7	2,7	3,2
<b>in anderen Vereinen oder Organisationen</b>	14,7	18,0	13,8	17,5	24,0	22,1

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002, 2003 und 2006, [www.g-i-s-a.de](http://www.g-i-s-a.de)

Eine Besonderheit zeichnet die Frauen unter den bürgerschaftlich Engagierten aus. Ihr Engagement nimmt zu, sie sind besonders ehrgeizig und vor allem Frauen über 45 Jahre achten bei ihrem bürgerschaftlichen Engagement besonders auf die Qualität der Ergebnisse. Insbesondere die Forschungen von Prof. Dr. Roland Roth zeigen: Diese Freiwilligenarbeit ist qualitativ hochwertig und innovativ, obwohl oder gerade weil sie ehrenamtlich entsteht.

## 2.10. Mehr politische Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik!

Was erschwert das Engagement von Frauen?

- Parteien haben Quoten für Frauen eingeführt, sie erreichen den dort festgeschriebenen Frauenanteil häufig nicht. Einen größeren Frauenanteil in den Gemeinderäten erreicht man nur, wenn mehr Frauen auf vorderen Listenplätzen platziert sind, in chancenreichen Wahlbereichen kandidieren und dort einen intensiven Wahlkampf führen.
- Vor allem Frauen waren nach 1990 vom Abbau der Arbeitsplätze betroffen – das gilt insbesondere auch für den öffentlichen Dienst. Arbeitslosigkeit oder die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, hatten und haben Einfluss auf die Bereitschaft, politische Ämter anzustreben.
- Politik ist in fest bestimmten Abläufen organisiert, die Frauen in ihrem Engagement behindert, die außerdem nicht gerade familienfreundlich sind. Wenn der Stadtrat oder ein Ausschuss bis in die späten Abendstunden tagen, so ist das selten mit den Öffnungszeiten von Horten oder Kindertagesstätten zu vereinbaren.
- Politisch engagierte Frauen sind womöglich zufrieden mit dem, was sie – z.B. als Interessenvertreterin einer sozialen Einrichtung – durch Mitarbeit in der Gemeinwesen AG für ihren Stadtteil bzw. in Vereinen für ihre kleine Gemeinde erreichen können. Das kann man keiner Frau vorwerfen. Allerdings liegen hier für die Parteien in den Kommunen und die Fraktionen im Rat noch Reserven in Bezug auf die Rekrutierung von politisch engagierten Frauen, die an die Arbeit für das Gemeinwohl in der ganzen Gemeinde herangeführt werden können.
- Kommunalpolitik steht heute immer mehr unter Kuratel der Kommunalaufsicht, denn die finanziellen Rahmenbedingungen sind wenig erfreulich und in jedem Jahr Gegenstand von intensiven Auseinandersetzungen. Von Sparprogrammen bleiben die Bereiche Soziales und Kultur nicht verschont, in denen Frauen sich häufiger engagieren als in anderen Politikfeldern. Das kann zu Frustrationen führen, weil politisches Gestalten in Zeiten öffentlicher Finanznot nur sehr begrenzt möglich ist.
- Frauen, die sich im Bereich der Frauenpolitik engagieren, werden oft abqualifiziert und nicht für voll genommen, da Männer (und auch Frauen) dieses Thema als zweit- oder dritrangig einschätzen.

- Mancher Ortsverein einer Partei wird aus dem Hinterzimmer regiert, weniger in öffentlichen Versammlungen. Etablierte Machtverhältnisse und eine darauf abgestimmte (Nicht-)Diskussionskultur schließen Frauen aus, wenn es um persönliche Profilbildung, um Posten und Positionen geht. „Die Parteien stehen hier zweifellos vor der Aufgabe, Frauen - und gerade auch junge Frauen - für ein politisches Engagement zu motivieren und ihren jeweiligen Partizipationswünschen organisatorisch wie inhaltlich entgegenzukommen. Angesichts der Tatsache, dass zudem in allen Parteien der politische Nachwuchs – also junge Frauen wie junge Männer – nahezu völlig fehlt, ist diese Aufgabe umso dringlicher.“<sup>74</sup>

#### **Was erleichtert das Engagement von Frauen?**

- „Die Befragten stellen ... übereinstimmend fest, dass es heute einfacher als vor der Wende ist, frauenpolitische Themen auf die politische Agenda zu bringen. Während zu DDR-Zeiten nur jene frauenpolitischen Themen auf der Tagesordnung standen, die Frauen als Erwerbstätige oder als Mütter betrafen, können seit der Wende auch andere Probleme politisiert werden. Hierzu zählen etwa "Gewalt in der Ehe" oder die "Situation von Lesben". Doch noch immer sei "ein langer Atem nötig", um frauenpolitische Themen auf die Agenda zu bringen.“<sup>75</sup>
- Parteien und politische Stiftungen halten Angebote bereit, mit denen sich Frauen und Männer auf ein politisches Amt vorbereiten können.
- Das „Frauenthema“ ist nicht mehr aus der politischen „Arena“ wegzudiskutieren. Es wird von einer Vielzahl von Medien immer wieder aufgerufen.

---

<sup>74</sup> Hoecker 2002, S. 7.

<sup>75</sup> Vgl. Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

### 3. Frauen in der Landespolitik von Sachsen-Anhalt

#### 3.1. Im Landtag

##### 3.1.1. Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt

Frauen sind recht konstant mit einem Anteil von 30 Prozent unter den Landtagsabgeordneten vertreten. Den höchsten Frauenanteil haben Linkspartei.PDS und SPD-Fraktion.

##### Frauen im Landtag von Sachsen-Anhalt 1990-2006 (jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)

Wahljahr	Sitze gesamt	Sitze von Frauen	Frauenanteil in Prozent	Frauenanteil CDU-Fraktion	Frauenanteil SPD-Fraktion	Frauenanteil PDS-Fraktion	Frauenanteil FDP-Fraktion	Frauenanteil Grüne-Fraktion	Frauenanteil DVU-Fraktion
1990	106	18	17,0	6,5	23,1	33,3	15,4	60,0	-
1994	99	28	28,3	10,8	30,6	52,4	-	60,0	-
1998	116	36	31,0	32,1	26,1	52,0	-	-	18,7
2002	115	36	31,3	18,7	40,0	48,0	23,5	-	-
2006	97	30	30,9	17,5	41,6	46,1	14,3	-	-

- = nicht im Landtag vertreten

Quellen: Beate Hoecker: Frauen, Männer und die Politik. Lern- und Arbeitsbuch, Bonn: Dietz 1998, S. 289. Klaus-Jürgen Holzapfel (Hrsg.): Volkshandbuch: Landtag von Sachsen-Anhalt, 1.-5. Legislatur, Darmstadt 1992-2006; Angaben jeweils für den Beginn einer Legislatur.

##### 3.1.2. Frauen im Landtagspräsidium

Die nachfolgenden Ämter werden nach Absprachen innerhalb der Fraktionen, nur im Ausnahmefall im Wege einer Kampfkandidatur<sup>76</sup> vergeben. Auch hier spielt der Regionalproporz eine wichtige Rolle. Auffällig ist jedoch, dass Führungspositionen, wie das Amt des Landtagspräsidenten, Fraktionsvorsitzenden, Parlamentarischen Geschäftsführers und Ausschussvorsitzenden, fast ausschließlich von Männern ausgeübt werden. Zum Ausgleich orientiert sich die Verteilung der Stellvertreterposten stärker am Frauenanteil im Parlament; die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden waren in Sachsen-Anhalt seit 1990 sogar in der Mehrheit Frauen.

<sup>76</sup> Zur Kampfkandidatur um den FDP-Fraktionsvorsitz zu Beginn der 5. Legislaturperiode vgl. Michael Bock: ..., in: Volksstimme, ..., S. . Bei der CDU wurde Jürgen Scharf „nur“ mit ... von ... Stimmen als Fraktionsvorsitzender bestätigt. Siehe dazu ..., in: Volksstimme, .... Demgegenüber verlief der Stabwechsel bei der SPD von Jens Bullerjahn zu Katrin Budde reibungslos.

### Landtagspräsidenten und stv. Landtagspräsidenten, 1. bis 5. Legislaturperiode (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU	Dr. Klaus Keitel, Präsident	Dr. Klaus Keitel, Präsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, stv. Präsident	Prof. Dr. Adolf Sporka, Präsident	Dieter Steinecke, Präsident
SPD	Dr. Rüdiger Fikentscher, stv. Präsident	<b>Ingrid Häußler</b> , stv. Präsidentin	Wolfgang Schaefer, Präsident	Dr. Rüdiger Fikentscher, stv. Präsident	Dr. Rüdiger Fikentscher, stv. Präsident
Linkspartei.PDS		<b>Roswitha Stofa</b> , stv. Präsidentin	<b>Roswitha Stofa</b> , stv. Präsidentin	<b>Dr. Helga Paschke</b> , stv. Präsidentin	<b>Dr. Helga Paschke</b> , stv. Präsidentin
FDP	<b>Cornelia Pieper</b> , stv. Präsidentin	-	-		
Bündnis 90/Grüne			-	-	-

Quelle: [www.landtag.sachsen-anhalt.de](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de).

### 3.1.3. Ausschussvorsitz

Ausschussvorsitzende üben ein einflussreiches Amt aus, denn sie bestimmen – in Absprache mit den jeweiligen Sprechern der im Ausschuss vertretenen Fraktionen - die Tagesordnung und hat Einfluss auf die Debattenführung. Außerdem sind diese Ämter mit einem zusätzlichen Einkommen für die jeweiligen Abgeordneten verbunden. Hervorzuheben ist in der 5. Legislaturperiode, dass mit Dr. Angelika Klein (Linkspartei.PDS) eine Frau den Vorsitz im wichtigen Finanzausschuss des Landtages innehat. Frau Klein ist zugleich stv. Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS. Der Finanzausschuss ist der einzige beschließende Ausschuss des Landtages. Ansonsten wird nur noch der Petitionsausschuss von einer Frau geleitet, i.e. ein Ausschuss, der wenig Außenwirkung, aber viel Arbeit mit sich bringt. Der Frauenanteil bei den Ausschussvorsitzen entspricht nicht einmal dem Frauenanteil im Landtag von knapp 31 Prozent, sondern liegt unter 20 Prozent. Frauen sind besonders im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, im Sozialausschuss, im Finanzausschuss und im Petitionsausschuss überproportional vertreten.

### Frauen als Ausschussvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, 5. Legislaturperiode

Fraktion	Ressort	Vorsitzende	stv. Vorsitzende	Zahl der Mitglieder	davon Frauen	in %
<b>CDU – 4 Ausschussvorsitzende</b>	Bildung	-	-	12	6	50,0
	Petitionen	Frauke Weiß	Renate Schmidt (SPD)	12	5	41,7
	Inneres	-	-	12	3	25,0
	Bundes- und Europaangelegenheiten	-	-	12	-	-
	dazu: Unterausschuss	Bernhard	Ronald Doege	5	2	40,0

	Rechnungsprüfung	Bönisch	(SPD)			
	dazu: Parlamentarische Kontrollkommission	Thomas Madl	Dr. Manfred Püchel (SPD)	3	-	-
<b>SPD – 3</b> Ausschuss vorsitzende	Verkehr	-	Nicole Rotzsch (CDU)	12	2	16,7
	Wirtschaft	-	-	12	4	33,3
	Recht und Verfassung	-	-	12	4	33,3
	dazu: Wahlprüfungsausschuss	Dr. Ronald Brachmann	Veit Wolpert (FDP)	12	4	
<b>Linkspartei.PDS – 3</b> Ausschuss vorsitzende	Finanzen	Dr. Angelika Klein	-	12	5	41,7
	Soziales	-	-	12	6	50,0
	Landwirtschaft	-	Gabriele Brakebusch (CDU)	12	3	25,0
<b>FDP – 1</b> Ausschuss vorsitz	Umwelt	-	-	12	2	16,7
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>2 (18,2%)</b>	<b>3 (27,3%)</b>	<b>132</b>	<b>40</b>	<b>30,3</b>

Quelle: [www.landtag.sachsen-anhalt.de](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de)

#### Frauen in sonstigen parlamentarischen Gremien

Fraktion mit Ausschuss vorsitz	Gremium	Vorsitzende	stv. Vorsitzende	Zahl der Mitglieder	davon Frauen	in %
CDU	Parlamentarische Kontrollkommission	-	-	3	0	0,0

SPD Wahlprüfungsau - - 12 4 33,3  
 sschuss

Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt, 5. Wahlperiode, Volkshandbuch, Magdeburg 2006, S. 141.

### 3.1.4. Fraktionsvorsitzende und stv. Fraktionsvorsitzende

Der oder die Fraktionsvorsitzende, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und der Parlamentarische Geschäftsführer bilden den Fraktionsvorstand, von dem im Regelfall politische Initiativen ausgehen, in dem Vorabklärungen vorgenommen und potentielle Konflikte im Vorfeld ausgeräumt werden. Mit Dr. Petra Sitte (heute MdB) stellte die PDS lange Zeit die einzige Frau in der einflussreichen Position der Fraktionsvorsitzenden. Unter ihrem Nachfolger sind zwar zwei Frauen zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden, mit Wulf Gallert MdL, dem langjährigen Parlamentarischen Geschäftsführer, und Frank Thiel MdL, dazu mit Matthias Höhn MdL als Nachfolger von Rosemarie Hein im Amt des Landesvorsitzenden, sind auch in der Linkspartei.PDS in die zweite Reihe gerückt.

#### Frauen als Fraktionsvorsitzende im Landtag , 1. bis 5. Legislaturperiode (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU	-	-	-	-	-
SPD	-	-	-	-	Katrin Budde
Linkspartei.P DS	Dr. Petra Sitte	Dr. Petra Sitte	Dr. Petra Sitte	Dr. Petra Sitte (bis 2004)	-
FDP	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Cornelia Pieper (April-Oktober 2002)	-
Bündnis 90/Grüne	-	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten
DVU	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Claudia Wiechmann <sup>77</sup>	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten

#### Frauen als stv. Fraktionsvorsitzende im Landtag, 1. bis 5. Legislaturperiode (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU		Petra Wernicke		Eva Feußner	Eva Feußner
SPD	Dr. Gerlinde Kuppe	Katrin Budde		Katrin Budde, Kriemhild Fischer	Kriemhild Fischer
Linkspartei.PDS	Dr. Rosemarie Hein	Dr. Rosemarie Hein, Jutta Geikler	Birke Bull	Dr. Angelika Klein, Birke Bull	Dr. Angelika Klein, Birke Bull
FDP	Cornelia Pieper	-	-		
Bündnis 90/Grüne	Ute Scheffler	Martina Bendler	-	-	-
DVU	-	-		-	-

#### Frauen im Fraktionsvorstand der Landtagsfraktionen (November 2006)

Fraktion	Mitglieder im Fraktionsvorstand 5. Legislatur 2006-2011	davon Frauen	Frauenant eil in Prozent

<sup>77</sup> Claudia Wiechmann war zunächst stv. Vorsitzende der DVU-Fraktion. Die Fraktion spaltete sich im Frühjahr 2000 in die Fraktionen der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP) und Deutsche Volksunion – Freiheitliche Liste (DVU-FL, im März 2001 umbenannt in DVU). Frau Wiechmann war ab Oktober 1999 Vorsitzende der DVU-Fraktion und später der FDVP-Fraktion.

CDU	5	1	20
SPD	8	4	50
Linkspartei.PDS	8	5	62,5
FDP	3	-	-

Quellen: <http://www.politik-plus.de>, <http://www.spd-lsa.de>, <http://www.linksparitei-pdlsa-lt.de/vostand.htm>, <http://www.fdp-fraktion-lsa.de>.

### 3.1.5. Parlamentarische Geschäftsführer

Parlamentarische Geschäftsführer sind „Manager des Parlaments“. <sup>78</sup> Sie arbeiten sehr eng mit den Fraktionsvorsitzenden zusammen, bereiten die Fraktionssitzungen und Versammlungen inhaltlich und organisatorisch vor und sind in alle parlamentarischen Prozesse involviert.

#### Frauen als Parlamentarische Geschäftsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU	-	-	-	-	-
SPD	-	-	-	-	-
Linkspartei.PDS	<b>Renate Wetzel</b>	-	-	-	-
FDP	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	<b>Dr. Lydia Hüskens</b>	-
Bündnis 90/Grüne	<b>Heidrun Heidecke</b>	<b>Beate Thomann</b>	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten
DVU	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten

Quelle: [www.landtag.sachsen-anhalt.de](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de)

### 3.1.6. Arbeitskreisvorsitzende

Frauen koordinieren als Arbeitskreisvorsitzende in den Fraktionen des Landtages die Politik, z.B. in der Linkspartei.PDS-Fraktion gleich drei Frauen (Birke Bull, Angelika Hunger, Gudrun Tiedge).

## 3.2. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt

### 3.2.1. Frauen im Kabinett

In der Großen Koalition unter Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer sind 2006 immerhin drei Frauen ins Kabinett berufen worden, zwei mehr als in der CDU/FDP-Vorgängerregierung. <sup>79</sup> Die SPD entsandte Gerlinde Kuppe in das Sozialministerium. Frau Kuppe leitete dieses „klassische“ Frauenressort bereits in der ersten und zweiten Landesregierung unter Ministerpräsident Reinhard Höppner (1994-2002). Mit Prof. Dr. Angela Kolb wurde ein Newcomer als Justizministerin berufen. Frau Kolb hatte sich innerparteilich im Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen engagiert, allerdings nicht für ein Landtagsmandat kandidiert. Das gilt im Übrigen auch für sieben von zwölf Mitgliedern des Kompetenzteams von SPD-Spitzenkandidat Jens Bullerjahn, die sich zwar im Wahlkampf engagierten,

<sup>78</sup> Vgl. Sönke Petersen: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktionen, Arbeitsweise. Opladen, 2000.

<sup>79</sup> Dr. Manfred Püchel, SPD-Fraktionsvorsitzender, kommentierte dies 2002 in der Debatte über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Böhmer wie folgt: „Zu einer echten Chancengleichheit gehört eine vernünftige Frauenpolitik. Ich muss zunächst nüchtern feststellen: Sowohl im Kabinett als auch in den Regierungsfractionen ist der Frauenanteil erschreckend gering. Nun wollten Sie, Herr Professor Böhmer, entsprechend Ihrem Redeentwurf auch noch die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten streichen. Zum Glück haben Sie dies heute zurückgenommen. Der Frauenminister hatte bereits vorsorglich das Wort „Frauen“ aus dem Namen seines Ministeriums gestrichen.“ (zitiert nach: [www.landtag.sachsen-anhalt.de/ltpapier/plenum/4/003stzg.doc](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/ltpapier/plenum/4/003stzg.doc))

allerdings der Auseinandersetzung um ein Direktmandat aus dem Weg gingen, das ihnen mit Blick auf ein Regierungsamt zusätzlichen Rückhalt verschafft hätte.

#### Frauen im SPD-Kompetenzteam 2005/2006

	MdL	Zuständigkeit im SPD-Kompetenzteam	Direktkandidatin im Landtagswahlkampf	Politisches Amt in der CDU/SPD-Landesregierung
Dr. Gerlinde Kuppe	seit 1990	Sozialpolitik	Ja	Ministerin für Gesundheit und Soziales
Prof. Dr. Angela Kolb	-	Justizpolitik	Nein	Ministerin der Justiz
Prof. Dr. Christiane Dienel	-	Hochschul- und Wissenschaftspolitik	Nein	Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales
Beate Bröcker	-	Arbeitsmarktpolitik	Nein	- (blieb Beigeordnete für Soziales der LH Magdeburg)

Quelle: [www.spd-sachsen-anhalt.de](http://www.spd-sachsen-anhalt.de)

Petra Wernicke (CDU), einzige Frau im Vorgängerkabinett Böhmer in einer CDU/FDP-Regierung und schon in der ersten Legislatur von 1991 bis 1994 im Amt, blieb Umwelt- und Landwirtschaftsministerin. Blickt man auf die bisherigen Landesregierungen Sachsen-Anhalts seit der Neugründung des Landes 1990, so fällt auf, dass bislang keine Frau (abgesehen von Katrin Budde, SPD, die von Februar 2001 bis Mai 2002 Ministerin für Wirtschaft und Technologie war) eines der besonders einflussreichen Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Kultus und Inneres geleitet hat. Immerhin war aber Heidrun Heidecke, damals Bündnis 90/Die Grünen, stv. Ministerpräsidentin in der PDS-tolerierten Minderheitsregierung von Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD).

### 8.3. Landesverfassungsgericht

Das Landesverfassungsgericht entscheidet insbesondere

- über die Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt, wenn ein Gericht das Verfahren gemäß Artikel 100 Abs. 1 des Grundgesetzes ausgesetzt hat,
- über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch ein Landesgesetz unmittelbar in seinen Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten oder staatsbürgerlichen Rechten verletzt zu sein,
- über die Auslegung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Landesorgans oder anderer Beteiligter, die durch die Landesverfassung oder in der Geschäftsordnung des Landtages oder der Landesregierung mit eigener Zuständigkeit ausgestattet sind, auf Antrag des obersten Landesorgans oder der anderen Beteiligten.

Die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts (LVerfG) in Dessau werden vom Landtag gewählt und vom Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt ernannt. Drei Mitglieder des LVerfG sind Gerichtspräsidenten oder Vorsitzende Richter an den oberen Landesgerichten, ein Mitglied ist ein auf Lebenszeit ernannter Universitätsprofessor des Rechts. Weitere Mitglieder sollen auf Grund ihrer Erfahrung im öffentlichen Leben ausgewählt werden, wobei eine besondere juristische Vorbildung nicht unbedingt erforderlich ist. Mit Dr. Edeltraut Faßhauer, Anneliese Bergmann und Margrit Gärtner gehören drei Frauen (von acht Verfassungsrichtern) dem Landesverfassungsgericht an.<sup>80</sup>

Die Interessen von Frauen (und Männern) berührte vor allem die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zur Besserstellung von Erwerbstätigen bei Kinderbetreuung im Sinne des Kinderförderungsgesetzes der CDU/FDP-Landesregierung vom 5.3.2003. Das LVerfG entschied im November 2004, dass die „Zurücknahme des Anspruchs auf eine Ganztagsbetreuung für die Personengruppe der nicht voll erwerbstätigen Eltern verfassungsrechtlich zulässig“ ist (siehe auch Kapitel 8.4.).<sup>81</sup>

---

<sup>80</sup> Vgl. die Broschüre „Das Landesverfassungsgericht“, Download über: [www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Politik\\_und\\_Verwaltung/Bibliothek\\_MJ/publik/landesverfassungsgericht.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_MJ/publik/landesverfassungsgericht.pdf)

<sup>81</sup> In der Pressemitteilung vom 16.11.2004 heißt es: „Von den Beschwerdeführern, deren Kinder einen Kindergarten besuchen, ist ein Elternteil nicht erwerbstätig. Während die alte Gesetzesfassung noch einen Anspruch auf ganztägige Betreuung gewährte, sieht das neue Gesetz für diesen Fall lediglich einen Anspruch auf Halbtagsbetreuung vor. Diese von den Beschwerdeführern angegriffene Änderung verstößt nicht gegen Art. 7 Abs. 1 (Gleichheitssatz) oder Art. 11 Abs. 1 (elterliches Erziehungsrecht) der Landesverfassung. Art. 34 der Landesverfassung verpflichtet das Land und die Kommunen, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dazu gehört die Schaffung von Rahmenbedingungen, durch die Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können. Deshalb sollen auch nach Bundesrecht u. a. Kindergärten so geplant werden, dass Mütter und Väter Aufgaben in Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können. Diese gesetzlichen Maßgaben hat auch der Landesgesetzgeber bei der Ausgestaltung der Kinderbetreuung zu beachten. Die Verfassung verbietet ihm deshalb nicht, die Gruppe der erwerbstätigen Erziehungsberechtigten besonders zu fördern. Da eine Aufrechterhaltung des bisherigen hohen Förderungsstandards nach der nicht zu beanstandenden Einschätzung des Gesetzgebers mit Rücksicht auf die Finanzlage des Landes nicht aufrecht zu erhalten war, war eine Zurücknahme des Anspruchs auf eine Ganztagsbetreuung für die Personengruppe der nicht voll erwerbstätigen Eltern verfassungsrechtlich zulässig.“

Auch aus dem Elternrecht des Art. 11 Abs. 1 der Landesverfassung lässt sich kein Anspruch auf Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten in einem bestimmten Umfang ableiten.“ (AktENZEICHEN: LVG 5/04, Urteil vom 16. November 2004).